

Inhaltsverzeichnis



3 Editorial
Auf und davon

4 Gesamtverkersonzept
Kommt der grosse Wurf?

8 Neue ZUGER PRESSE
«Überdurchschnittliches bieten
und effizient arbeiten»



11 LehrerInnenbildung
Bildungsstandort Zug

12 Volkszählung
Ein bisschen Soma gefällig?

14 Menzingen
«Seiner Zeit voraus»

16 Neues Steuergesetz
Fiskalischer Sonderbund oder
solidarischer Bund

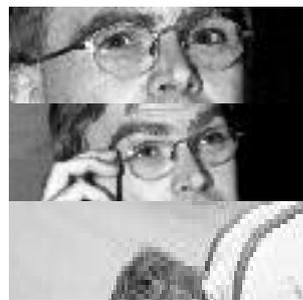
18 Neues Steuergesetz
Je tiefer die Steuern, desto
höher die Mieten

20 Chiapas
Cafe RebelDia im «Chaos»



22 Kosovo Rückkehr
Erfolgreich dank Gesprächen

23 Serviceteil
Buch
Leserbrief/Antwort von
Hanspeter Uster
Frontal
Veranstaltungen
Film
Impressum



Auf und davon



Bevor Sie und wir in die wohlverdienten Sommerferien entschwinden, empfehlen wir Ihnen als anregende Strandlektüre unsere neueste Bulletin-Ausgabe. Sie dürfen auch mit den «soften», aber nicht minder interessanten Beiträgen wie dem Stapel neben Ulas (respektive Charlottes) Bett oder dem Frontal beginnen. Dann aber gilt es, *hurtig* die Aufmerksamkeit den «hard facts», wie sie Stubi in seinem Artikel zum Gesamtverkehrskonzept (vier Seiten inklusive tolle Flugaufnahmen) präsentiert, zuzuwenden. Und weil wir schon bei kantonalen Grossprojekten sind, gehts gleich mit Josef Langs Artikel zum fiskalischen Grossunternehmen «Steuergesetzrevision» weiter: Lesen Sie's und unterschreiben Sie das Referendum, für welches derzeit gesammelt wird - auf dass Zug nicht noch mehr «verlichtensteinere», wie Jo warnt.

Unser Bulletin bringt aber nicht nur coole Analysen, sondern dokumentiert immer auch wieder die Stimmungslage im Volk, oder dem links-grün-alternativen Teil desselben. Letztes Mal hatte Toni Kleimann engagiert gegen die Schulreformpläne der Zuger Regierung Stellung bezogen. Dieses Mal benutzt der Menzinger Freie-Wähler-Kantonsrat Sepp Marty die Plattform im Bulletin, um ein Votum für den LehrerIn-

nen-Bildungsstandort Menzingen zu halten. Wer an dieser Stelle einen Bericht zum Kantonsrat erwartete, sei für einmal auf das Kantonsratsdossier im Büro Gegenwind verwiesen. Oder vielleicht auf ein anregendes Telefongespräch mit Sepp Marty...

Die Emotionen gingen im Klosterdorf bereits schon einmal hoch: Marianne Aepli und Edi Häfliger rekapitulieren im Interview den Streit im Gemeinderat und machen sich Überlegungen zur Position der «Freien Wähler» in der politischen Menzinger Landschaft.

Obs an den schriftlich gestellten (kritischen) Fragen liegt, dass im zweiten Bulletin-Interview die Redaktion ihr Fett abbekommt und nicht umgekehrt? Der neue Verleger der ZUGER PRESSE, Dani Brunner, hat uns jedenfalls hart aber klar geantwortet und das Interview so aus informativer wie aus polemischer Sicht äusserst lesenswert gemacht – «DB» wie er lebt und lebt eben.

Im Herbst werden wir mal wieder gezählt, folks. Anlass genug, um einer «anarchophobischen» Gastautorin Platz einzuräumen, die sich einige Gedanken über die FOLX-Zählung 2000, das Ripol und das Echelon macht...

Seit langem hat uns wieder einmal ein Leserbrief erreicht: «Chnuschi raus aus der SGA», fordern die «Anarchophobias?» anlässlich der Rück-schaffung eines tamilischen Asylbewerbers ins momentan äusserst heiss umkämpfte Sri Lanka. Regierungsrat Hanspeter Uster nimmt zu dieser provokativen Forderung gleich selbst Stellung. Weniger Probleme hat sich die Zuger Regierung dank klugem Vorgehen bei der Rückführung der Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo eingehandelt, wie Hanspeter in seinem Regierungsratsbericht ausführt.

Global denken, lokal handeln - getreu dieser alten linken Weisheit ermuntert Oliver Bevanda die Bulletin-LeserInnen, nach ihrem Badi-Besuch noch auf einen zapatistischen Kaffee im Rest. Chaotikum vorbei zu schauen. Es lohnt sich nämlich auch für die autonomen Bauerngemeinden im mexikanischen Chiapas, welche diesen Kaffee unter schwierigen, aber hoffnungsvollen Bedingungen produzieren.

Und nach Badi, Bulletin-Lektüre und Chiapas-Kaffee gehts dann ins Openair-Kino, dessen Filmprogramm Redaktionsmitglied Thomi Ulrich zusammengestellt hat: siehe Veranstaltungskalender! Bei solchen Aussichten verbringen Sie ihre Ferien ja vielleicht sogar hier - einen schönen und langen Sommer wünschen so oder so

Gisela Hürlimann
(letzte Ausgabe im Bild)
und Brigitte Weiss
(diese Ausgabe im Bild) ■

Kommt der grosse Wurf?

Langsam lichtet sich der Dunst über dem verkehrspolitischen Horizont im Kanton Zug. Kurz vor Erscheinen dieser Nummer (voraussichtlich am 11. Juni) dürfte der Gesamtingenieur über die definitive Version der Gesamtverkehrskonzeption (GVK) entschieden haben. Diese wird als Grundlage für den neuen Verkehrsrichtplan dienen. Wir thematisieren im Folgenden einige vor-hersehbare Knackpunkte dieser GVK.

Von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat und Vertreter der Velobby im Konsultativorgan zur Erarbeitung der Gesamtverkehrskonzeption.

Bilder: Martin Stuber; Flugbild: Stadtbauamt Zug; Bearbeitung: Martin Stuber.

Die Gesamtverkehrskonzeption steht unter einer ambitionierten übergeordneten Zielsetzung:

«Der Teilrichtplan Verkehr trägt dazu bei, die Qualität des Siedlungsraumes und Wirtschaftsstandortes Zug als attraktiven Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum der «kurzen Wege» zu erhalten und wo nötig aufzuwerten. Der Verkehr wird rationell und umweltschonend bewältigt.»

Schöne Worte - wie sieht die Realität aus?

Stadtbahn nicht mehr zu bremsen

Wir haben uns in der vorletzten Nummer ausführlich der Stadtbahn gewidmet. Bemerkenswert ist, dass nicht nur die erste Etappe auf den SBB-Geleisen sicher realisiert wird, sondern ein etappenweiser Vollausbau mit eigenen Geleisen (z.T. auf bestehenden Strassen)

das Rückgrat des GVK bilden wird. Wenn die Stadtbahn ab 2004 rollt und Erfolg hat, dürfte der weitere Ausbau kommen und damit dem Kanton Zug einen Quantensprung im Bereich öffentlicher Nahverkehr bringen, der nationale Ausstrahlung haben wird. Grund zur Hoffnung und zur Freude also!

Strassen im Multipack...

Wesentlich durchzogener sieht es bei den Strassen aus: Nachdem der Druck der Landbesitzer zur besseren Erschliessung des SIEMENS-Areals angesichts des anrollenden Booms sich mit verkehrsstrategischen Überlegungen der Gemeinden Zug und Baar zu überlappen begann, war eine neue Nordzufahrt als neuer Autobahnzubringer von Zug schnell projektiert. Umso mehr, als in der Gesamtverkehrskonzeption die Erkenntnis, dass in der Lorzenebene die Umfahrung mit der Autobahn schon besteht - endlich! - Eingang gefunden hatte. Wir haben nach anfänglicher Opposition die Haltung vertreten, dass eine Nordzufahrt dann Sinn machen kann, wenn im Gegenzug Wohngebiete massiv entlastet werden - konkret Teile der Baarerstrasse und vor allem der Industriestrasse. Kombinieren wir das mit dem Wunsch, die grüne Mitte in der Lorzenebene zu erhalten, so drängt sich ein Siedlungsband entlang der Bahngeleise zwischen Zug und Baar geradezu auf. Beim eingereichten generellen Projekt Nordzufahrt bildet die neue Strasse die Begrenzung dieses Siedlungsbandes gegen Westen.

...mit hohem Preis...

Die massive Entlastung von Wohngebieten ist ein absolutes Muss, denn die neue Nordzufahrt ist ein schwerwiegender Eingriff in die Landschaft, das beweisen unsere Illustrationen. Die Entlastung alleine mag als Grund, die Kröte

Nordzufahrt zu schlucken, nicht ausreichen. Ihren ganzen Sinn bekommt diese neue Strasse erst, wenn damit die Baarerstrasse frei wird für die zweite Etappe der Stadtbahn, deren Nord-Südarterie die Baarerstrasse bildet.

...und manchmal wenig Nutzen

Dieser Nutzen fehlt dem geplanten, beschönigend als «Nordkorridor» bezeichneten Projekt für eine Verbindung des Berges mit der Autobahn. Für heute rund 2'000 Autos pro Tag, welche vom Berg auf die Autobahn wollen, ein Megatunnelprojekt in der Grössenordnung von ca. 150 Mio. Franken zu realisieren, ist Verhältnisblödsinn. Die Entlastungswirkung für Baar ist relativ klein, für Zug sowieso, denn auch dieses Projekt krankt wieder einmal an der Negierung einer zentralen Erkenntnis, welche schon alt ist und durch Untersuchungen der Planungsstudie Stadtverkehr vor einigen Jahren eindrucksvoll mit Zahlen belegt wurde: Die Autos wollen in die Zentren und zirkulieren dort.

Die «hidden agenda» dieses Projektes ist wohl eher eine optimale Erschliessung der Arbeitsplatzgebiete in der Baarerstrasse - wenn die V-Zug, die Glencore und die Shell auf den Tisch klopfen, liegen da bald Pläne, denn was der SIEMENS recht ist, kann diesen drei Grosen billig sein. Für diese Erschliessung gibt es aber bessere Lösungen, wir kommen weiter unten darauf zurück.

Minitunnel gesetzt

Sicherer Bestandteil der GVK wird der Minitunnel in Zug sein. Eine Kernumfahrung des alten, historischen Teils von Zug muss aber mit einer weitgehenden Verkehrsfreimachung der südlichen Innenstadt einhergehen und einen grossen Teil des Verkehrs der grauen Gutschrankabfahrt aufnehmen, damit sie Sinn macht. Kommt hinzu, dass der

Minitunnel in der Stadt nur so mehrheitsfähig sein wird, nachdem die FDP - z.T. aus ziemlich durchsichtigen Partikularinteressen (so wohnt z.B. der Präsident der städtischen FDP gegenüber dem geplanten Südportal des Minitunnels) - dieses Projekt bis jetzt ablehnt. Ob diese Haltung Bestand haben wird, ist allerdings nicht sicher. Wenn das Gewerbe in der Innenstadt realisiert, was ein verkehrsarmer, durch die 2. Etappe der Stadtbahn über den Bundesplatz direkt erschlossener historischer Stadtkern an kommerziellem Potential aufweist und sich mit Kraft hinter den Minitunnel stellt, wird ein «Bündnis» entstehen, das auch die FDP zur Kenntnis nehmen dürfte...

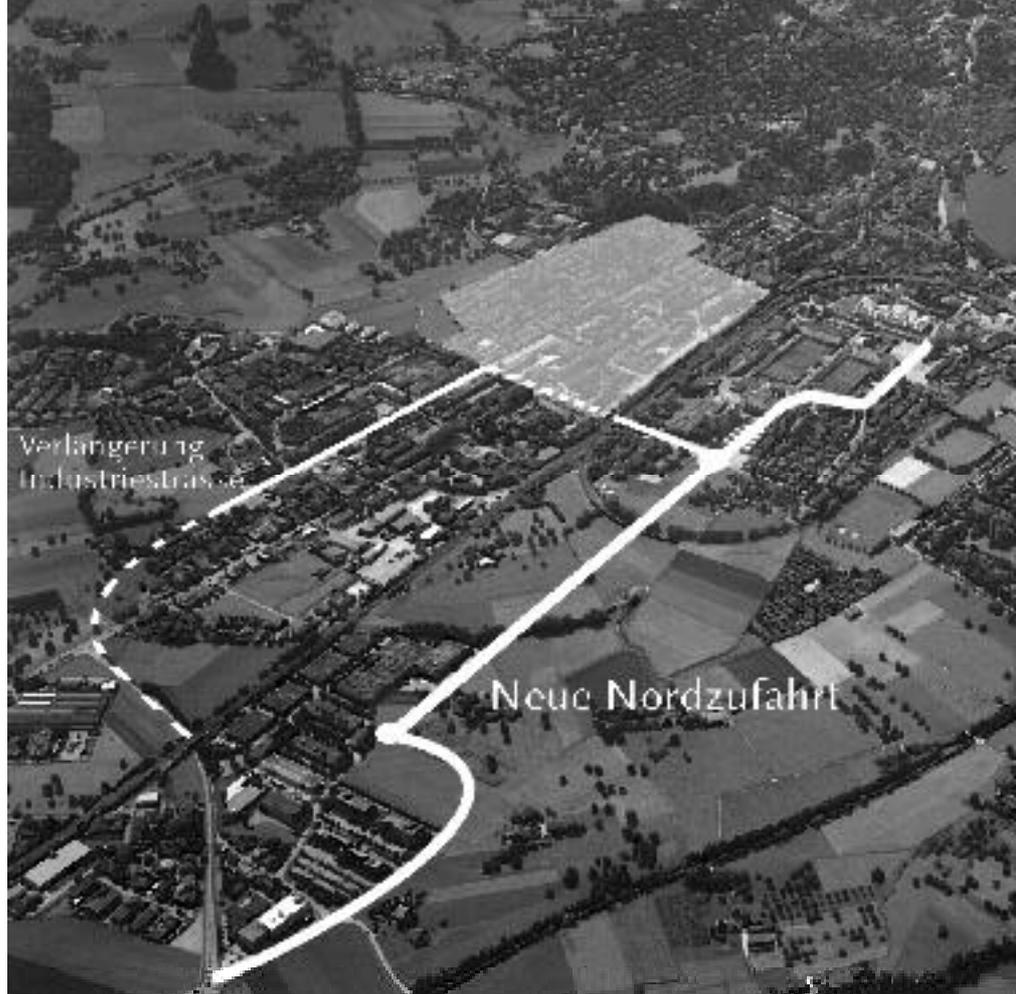
Kammerkonzept im Ennetsee

Kurz vor Torschluss wartete auch der Ennetsee mit einem Lösungsvorschlag für seine Verkehrsprobleme auf. Ob das Kammerkonzept mit der Autobahn als Umfahrungsachse tatsächlich die gewünschte Entlastung für Cham bringt, hängt nicht zuletzt von der A4 im Säuliamt ab.

Von der Öffentlichkeit bisher wenig bis gar nicht zur Kenntnis genommen wurde nämlich die Tatsache, dass nach der Eröffnung der A4 der Autobahnabschnitt zwischen Rotkreuz und Verzweigung Blegi hoffnungslos überlastet sein wird. Die ziemlich phantasielose Antwort der GVK wird voraussichtlich der Ausbau dieses Abschnittes auf sechs Spuren sein.

Wackelt die A4?

Was die Frage aufwirft: Kommt die A4 überhaupt jemals? Nüchtern betrachtet ist die Wahrscheinlichkeit am Sinken. Nachdem im Säuliamt angesichts der nun sichtbar werdenden massiven landschaftlichen Eingriffe beim Südportal des Üetlibergtunnels sich die Opposition



Denkstoss: der Ring Nordzufahrt-Feldstrasse-Industriestrasse-Südstrasse aus der übersichtlichen Vogelperspektive. Die eingezeichnete Nordzufahrt entspricht dem offiziellen generellen Projekt, das die Gemeinden Zug und Baar dem Kanton zur Weiterbearbeitung übergeben haben.

Die Feldstrasse und die verlängerte Industriestrasse Richtung Autobahn unterqueren die Baarerstrasse. Damit könnte das hellhervorgehobene Wohngebiet zwischen Feld- und Gubelstrasse verkehrsarm gemacht werden. Der neugestaltete Baarer Dorfkern würde massiv entlastet.

Das unüberbaute Land zwischen Nordzufahrt und Baarerstrasse ist heute schon praktisch vollständig eingezont als Bauland.

wieder zu regen beginnt und der Kanton Zürich Mühe hat, nur schon den Unterhalt seiner bestehenden Strassen zu finanzieren, wachsen dort die Zweifel an der A4. Und falls das neue Zuger Steuergesetz vom Souverän beschlossen werden sollte, dürfte sich die Zürcher Regierung mit Recht die Frage stellen, welches Interesse der Kanton Zürich an einer Fertigstellung der A4 eigentlich haben kann, fördert dies doch nur den «Abfluss» guter SteuerzahlerInnen. Und wir fügen hinzu: Das Potential der S-Bahn durch das Säuliamt ist noch längst nicht ausgereizt, vor allem wenn bedacht wird, dass

der nun entstehende S-Bahn-Verbund Zentralschweiz ohne weiteres an die S9 angebunden werden kann.

Kein Interesse an einer Fertigstellung der A4 hat objektiv gesehen der Ennetsee, der durch den Verlust der Umfahrungs-funktion der A4 eine massive Verschärfung der Verkehrsprobleme zu gewärtigen hat, von den Immissionen einer sechsspurigen A4 mit gegen 100'000 Autos am Tag ganz zu schweigen! Es flirrt Zeit, dass diese Aspekte in der Öffentlichkeit endlich diskutiert werden.

Tabuthema Parkplätze

Es ist eine Binsenwahrheit, die nur zu gerne verdrängt wird: Das Auto ist kein Fahrzeug, sondern in erster Linie ein Stehzeug. Es steht nämlich - zum Glück! - die meiste Zeit. Dies tut es auf einem Parkplatz. Wo kein Parkplatz, da kein Verkehr. Wo wenig Parkplätze, da wenig Verkehr. Wo viel Parkplätze, da viel Verkehr. In der Stadt Zug z.B. hat es genau so viele Parkplätze wie BewohnerInnen! Aus einer Untersuchung in der Stadt Zürich ist bekannt, dass 85% der PendlerInnen über einen eigenen Parkplatz in der Stadt verfügen - was Wunder, dass der Umsteigeeffekt auf die S-Bahn bescheidener war als angenommen.

Der gleiche Effekt wird auch im Kanton Zug spielen. Die GVK nennt zwar die Parkraumbewirtschaftung ausdrücklich als flankierende Massnahme, aber die konkrete Realisierung wird de facto den Gemeinden anheim gestellt. Es braucht kein Prophet zu sein, wer voraussagt, dass es ohne strikte kantonale Parkplatzgesetzgebung in diesem Bereich kaum Fortschritte geben wird. Hier müssen wir vermehrt wieder Anstrengungen leisten. Erinnerung sei daran, dass die Alternativen schon 1987 beim vorletzten Baugesetz klare kantonale Parkplatzvorschriften verlangten. Das damals angepriesene Musterparkplatzreglement hat sich als völlig zahnlos erwiesen.

Eigentlich müssten alleine schon die Kosten zum Umsteigen verleiten: Wer ist sich etwa bewusst, dass ein durchschnittlicher Garagenplatz pro Jahr nicht viel weniger als ein GA in einem Zweipersonenhaushalt kostet (150 Fr. pro Monat ergibt 1'800 Fr. im Jahr. Ein GA-Duo Partner kostet pro Person 2'250 Fr.)?

Wer soll das bezahlen?

Ob die Kernumfahrung Unterägeri und die «Umfahrung» Rotkreuz wirklich Eingang in die GVK finden, wissen wir kurz nach Erscheinen dieses Bulletins. Auch so lässt sich sagen, dass die Strassenprojekte und die Stadtbahn zusammen im Bereich von 1,2 Milliarden Franken zu liegen kommen. Ein Betrag, der auch über eine Zeitspanne von 20 Jahren unrealistisch erscheint. Die Frage wird also nicht nur sein, was alles im Plan eingezeichnet ist, sondern vor allem, was dann auch tatsächlich gebaut wird. Ein Blick in den aktuell immer noch gültigen Verkehrsrichtplan erzeugt da einen nachhaltigen Aha-Effekt...

Denkanstoss

Da Planung ein dynamischer Prozess ist und sich auch grüne Verkehrspolitik in die Niederungen konkreter Umsetzungen begeben sollte, folgt hier noch der Vorschlag für ein «ökoverträgliches» Strassensystem im Raum Baar-Zug.

Ausgangspunkt ist die Nordzufahrt und die Frage, wie die Erschliessung der Arbeitsplatzgebiete in der Baarerplatte mit der Entlastung respektive dem Schutz der Wohngebiete im nördlichen Zug und in Inwil unter einen Hut gebracht werden könnte. Zusätzlich stellt sich noch das Problem, die Baarerstrasse für die Stadtbahn frei zu bekommen. Eine solche 2. Etappe der Stadtbahn - zusammen mit der S-Bahn und einem ergänzenden Bussystem - garantiert für das gesamte Arbeitsplatzgebiet nördlich der Gubelstrasse bis nach Baar hinauf eine perfekte Erschliessung durch den öffentlichen Nahverkehr, was die benötigten Strassenkapazitäten beschränken hilft.

Die Grundidee ist eigentlich einfach: Wir schaffen einen Ring zwischen Feldstrasse und Südstrasse, der die Baarerstrasse mit Unterführungen kreuzt (vgl.

Bild auf Seite 5). Dazu muss die Industriestrasse bis zur Kreuzung Neufeld verlängert werden. Der Verkehr vom Berg wird über den Minitunnel via Gubelstrasse auf die Nordzufahrt geleitet. So entsteht zwischen Gubelstrasse und Feldstrasse ein Quartier, das vom Durchgangsverkehr entlastet werden kann (und wenn wir nur diesen Perimeter betrachten, ist es tatsächlich zum grössten Teil Durchgangsverkehr!) und eine erhebliche Aufwertung als Wohnquartier erhält. Die Baarerplatte erhält einen direkten Autobahnanschluss, das freie grüne, nicht eingezonte Feld und Naherholungsgebiet zwischen Inwil und Baar bleibt weitgehend unberührt. Die Verlängerung der Industriestrasse kann im Bereich Neufeld unterirdisch geführt werden, d.h. die Bahnunterführung der Südstrasse kann gleich weitergeführt werden zur Unterführung Baarerstrasse. Mit einem Deckel drauf lässt sich erst noch Bauland gewinnen in einem Bereich, der eh überbaut werden wird.

Probleme gibts natürlich auch, wie bei allen Strassen: Ein kleiner Spickel mit Einfamilienhäusern am nördlichen Siedlungsrand ist im Weg und ein Tennisplatz kommt ziemlich nah an die verlängerte Industriestrasse zu liegen.

Den Tiger reiten

Einige mögen uns für diesen Vorschlag steinigen, aber der jetzt ins Rollen gekommene Boom wird das Siedlungsband zwischen Zug und Baar schneller mit Arbeitsplätzen und Wohnungen überziehen, als wir uns das heute vorstellen können. Überhaupt dürfen wir nicht vergessen, dass der laufende Boom Mehrverkehr erzeugen wird. Ob dies unter dem Strich über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bewältigt werden kann, hängt halt auch von vereinzelt Strassenprojekten ab. Es ist besser, den Tiger zu reiten, als von ihm gefressen zu werden...

Grosser Wurf?

Um die im Titel gestellte Frage zu beantworten: Ein grosser Wurf könnte es werden, es hängt alles davon ab, was tatsächlich gebaut werden wird. Wir sind vorsichtig optimistisch. Auf alle Fälle dürfte sich ein weites Feld für konstruktive alternative VerkehrspolitikernInnen auftun - nützen wir es! (Im nächsten Bulletin wird dazu ein gemeinsames Positionspapier der Alternativen Fraktion und der Fraktion SGA/Parteilose im Zuger Gemeinderat veröffentlicht.)

Bisigs Verdienste

Es soll hier nicht verschwiegen werden: Nebst dem Abgang von Twerenbold als Baudirektor hat die in Sachen öffentlicher Verkehr konsequente Politik des Volkswirtschaftsdirektors Robert Bisig einen wichtigen Anteil an der jetzigen Konstellation. Bisig steht nicht nur hinter dem ö.V., er verfügt auch über fähige Leute. Ohne diese Voraussetzungen würde 2004 wohl keine Stadtbahn rollen, und ob der öffentliche Verkehr als Rückgrat der jetzigen GVK dienen könnte ohne die Stadtbahn, ist mehr als fraglich.

Wo ist der ACS?

Einen eher blamablen Auftritt leistete sich der Zuger ACS bei den bisherigen Mitwirkungsverfahren - in der Stadt und im Kanton. Er hat es tatsächlich geschafft, im Verlauf der Erarbeitung des GVK nicht nur die meisten Sitzungen zu verpassen, sondern hat es auch nicht für nötig befunden (oder war er schlichtweg nicht in der Lage?) jeweils die verlangten schriftlichen Stellungnahmen abzugeben. Während die seriös erarbeiteten Stellungnahmen der Velobby ernst genommen wurden und ihre Spuren hinterlassen haben, vergab der ACS so jegliche Einflussmöglichkeiten.



Massiver Eingriff: die Nordzufahrt Richtung Norden (oben) und Richtung Süden (unten). Standort des Fotografen: Schnittpunkt Schleifenweg/zukünftiges Trasse Nordzufahrt.

Tandem mit Platten

Etwas muss man dem Baudirektor lassen: Mit seiner Tandem-Idee hat er die öffentliche Diskussion vor einem Jahr erst richtig lanciert. Wohl entgegen seiner eigentlichen Absichten hat Tandem schlussendlich die Stadtbahn gepusht, denn ohne Vollausbau auf eigenen Gleisen hätte die im Mitwirkungsverfahren erarbeitete GVK «Pluspunkt» nicht bestehen können gegen Tandem. Und umgekehrt wussten die Tandem-Autoren, dass ihre Idee ohne Stadtbahn sowieso baden geht. Dies ist bemerkenswert - hatte doch Flachsmann noch als Kantonsrat als einziger zusammen mit drei Freisinnigen gegen den Stadtbahn-Vorprojektkredit gestimmt...

Die Regierung hat in einem ziemlich aufwendigen Verfahren die Idee Tandem und das Gesamtverkehrskonzept «Pluspunkt» vergleichen lassen. Das Resultat ist eindeutig: Tandem schneidet schlechter ab. Die Strassen durch die Lorzenebene kosten viel (nicht nur geldmässig, auch beim Landverschleiss) und bringen nicht die erhoffte Verkehrsverlagerung. Die Umfahrung Cham stösst

im Ennetsee auf erbitterte Opposition und ist viel zu teuer.

Ganz ohne Wirkung blieb Tandem aber nicht: die Berggemeinden sind schliesslich «erwacht» und haben eine direkte Autobahnzufahrt verlangt, die sie - auf dem Papier - wahrscheinlich auch bekommen werden. ■

«Überdurchschnittliches bieten und effizient arbeiten»

Auch im vierten Jahr seit ihrer breit abgestützten Lancierung kommt die ZUGER PRESSE nicht aus den roten Zahlen heraus. Um die «zweite Zuger Stimme» zu retten, hat Mitbegründer Dani Brunner vor kurzem die Aktienmehrheit übernommen. Verlegerisch tritt Dani damit die Nachfolge von Joseph Speck an - nicht aber in dessen Fusstapfen, wie er mit seinen Ideen zur Neukonzeption der ZUGER PRESSE beweisen will.

Die schriftlichen Fragen an Dani Brunner stellten Geri Schmid, Martin Stuber und Gisela Hürlimann. Bilder Dani Brunner, Martin Stuber



Bulletin:

Wir vermuten, dass der Profilierungszwang, keine «linke» Zeitung zu sein und die immer wieder durchdrückende freisinnige Tendenz einer der Faktoren für den Misserfolg der ZUGER PRESSE (ZP) war. Die selten hart recherchierten Artikel dürften ein wei-

terer Grund sein – für Linke oder Linksliberale sprach wenig dafür, die ZP ins Herz zu schliessen und AbonnentInnen dafür zu gewinnen. Dabei wäre das ja angesichts des politischen Standortes der «Neuen Zuger Zeitung» eine auch aus kommerziellen Überlegungen sinnvolle Positionierung gewesen.

Dani Brunner: Warum reihenweise Behauptungen als Fragen ausgeben? Die Zuger Presse stand nie unter dem Druck,

(k)eine linke Zeitung zu sein. Im Unterschied zu Luzern, wo mehrheitlich linksliberale und/oder alternative JournalistInnen eine «Zeitung für alle LNN-LeserInnen» machen wollten und doch nicht mehr als einen Zwanzigstel erreichten, sind in der Zuger Presse kaum Linksstehende tätig, die sich verstecken müssten oder wollten. Der Markt für eine linke Zuger Tageszeitung ist schlicht nicht vorhanden. Deshalb habe ich mich 1995 zusammen mit Bürgerlichen für eine Forumszeitung eingesetzt. Wir wollten mit einer «spürbaren» publizistischen Zuger Stimme Zensur- und Einebnungstendenzen wie auf Plätzen mit Zeitungsmopol verhindern. Dieser Teil des Projekts ZP war und ist erfolgreich. Dass ihr uns Tipps für kommerziellen Erfolg gebt, ist sympathisch, aber vorliegend nicht gerade praktisch: Linke, Linksliberale oder Grüne mit mehr als einer Zeitung im Haushalt und gleichzeitig ohne ZP gibt es im Kanton Zug nämlich nicht zuhauf.

Bulletin: Wäre es nicht sinnvoll gewesen, mit einem Bruchteil des Geldes, das du in die ZP gesteckt hast, ein profiliertes, alternatives innerschweizerisches Monatsmagazin auf die Beine zu stellen – vor allem nach dem Eingehen von «Luzern heute» und angesichts des Überlebenskampfes der Urner «Alternative», deren Produktion im Jahr gerade mal 100'000 Franken kostet?

Dani Brunner: Danke für die Tipps, wie ich mein Geld sinnvoll investieren sollte. Nur ist die Sache halt die: Gibts mal ein Zeitungsmonopol, ists nur schon einige Jahre später zu spät für eine spürbare zweite Stimme. Deshalb machte und macht das Geld für die ZP Sinn. Die Klage über fehlendes Kleingeld für andere Projekte verdeckt, dass keine realistische publizistische Vision da ist. Nur Eingebildete meinen, «die Innerschweiz» könnte mit wenig Aufwand abgedeckt werden. Manche Zugerinnen und Zuger zählen sich, um damit zu beginnen, nicht

zur Innerschweiz. Und Luzerns Bemühen, ein «richtiger» Hochschulstandort zu werden, findet hier keinen Widerhall. In Luzern andererseits wird das Gehen am Bettelstab zelebriert, obwohl es auch dort einige tausend Reiche gibt und sogar zahlreiche «Linksliberale» mit einem Jahreseinkommen von über hunderttausend Franken. Trotzdem haben nur die Schaffhauser Rotaz und ich grössere Beträge in «Luzern heute» gesteckt. Wenn die Urner «Alternative» innert weniger Jahre fast einen Drittel ihrer Abos verliert, ist das weit mehr als ein finanzielles Problem. Genauso wenig liegt's am Geld, dass das Bresche-Nachfolgemagazin «MoMa» langweiligst, jedenfalls sicher nicht wie selbstdeklariert als Diskussionsforum für Linke und Gewerkschafter vor sich hin dümpelt. Meinungsbildung beschlägt eben nicht immer das Portemonnaie: Wieso klemmt euer Bulletin zum Beispiel bei der Diskussionsversuchen von Luzerner Seite betreffend (Nicht-)Rolle der SGA innerhalb der Schweizer Grünen?*

Bulletin: Du sprachst in deiner Rede vor den AktionärInnen von 2,5 Millionen Franken, welche die ZP in den nächsten Jahren brauchen wird. Wieviel hast du persönlich seit der Lancierung in die ZP gesteckt und wo liegt die finanzielle Schmerzgrenze für dein Engagement bei der Zuger Media AG?

Dani Brunner: Erstaunlich, dass ihr so an Zahlen interessiert seid. Bis Ende 1999 hatte ich rund dreissig Prozent der aufgelaufenen Verluste zu tragen. Was ich nun in die Zuger Media AG stecke, betrachte ich als Investition. Es geht also nicht um eine „Schmerzgrenze“. Wenn es mir gelingt, ein gutes Team aufzubauen, erreichen wir in drei Jahren schwarze Zahlen. Klar positive Zwischenresultate müssen aber sichtbar sein, bevor zweieinhalb Millionen Franken verbraucht sind.

Bulletin: Internetdienstleistungen werden auch von der Speck Medien AG und von der «Neuen Luzerner Zeitung» angeboten. Wo liegt auf dem Platz Zug die Chance bzw. die Notwendigkeit für einen weiteren Multimedia-Anbieter? Geht es vor allem um den Kampf um den Inseratekuchen (Stichwort: Amtsblatt-Monopol)? Und kann eine solche Online-ZP wirklich eine sinnvolle Ergänzung zur Printausgabe werden, deren Reduktion auf eine Dienstags- und Freitagsausgabe die Attraktivität der ZP und damit auch die Auflage massiv senken könnte, wie viele orakeln?

Dani Brunner: Zuerst etwas zu den vielen Orakeln beziehungsweise zum Erscheinungsrhythmus der ZUGER PRESSE. Im Nachhinein über kommerzielle Chancen zu philosophieren, nützt nichts, darum nur soviel: 1996 hätten wir noch die Chance gehabt, eine kleine Tageszeitung zu machen, zu ähnlichen Kosten wie beim heutigen Erscheinungsrhythmus. Eine Tageszeitung hätte sogar mit bescheidener nationaler und internationaler Berichterstattung das Potential zu höheren Abozahlen gehabt, weil dies für bestimmte Bevölkerungskreise als einzige abonnierte Zeitung im Haus ausgereicht hätte. Jetzt sind wir «nur» eine Zweitzeitung, und zwar noch häufiger in Ergänzung zur Neuen Zuger Zeitung als zu NZZ oder Tagi. Eventuell kündigt der Tagi das Abo-Kombi per Ende 2000. Ich muss mit dieser Ausgangslage auf einen grünen Zweig kommen. Und da führt kein Weg am Verzicht auf die Montagsausgabe vorbei. Mit dem zweimaligen Erscheinen wird das Den-Tageszeitungenhinterher-Rennen schlicht obsolet, darüber bin ich vom publizistischen Standpunkt her froh. Weil unser Abo ab dem Neustart massiv günstiger wird, können wir uns besser als Zuger Zweitzeitung für alle und nicht nur für einen Fünftel der zeitungsubonniehenden Haushalte positionieren.



Ab Herbst residiert die ZUGER PRESSE am Postplatz - ein hoffentlich nicht nur architektonisch repräsentatives Domizil.

Zum Zuger e-Medienmarkt: Die Luzerner Zeitung beziehungsweise die Luzerner Medien AG versucht mit ihrem Projekt «Zisch», wie wir dynamische Elemente an Betreiber von Homepages zu verkaufen. Eine Webfactory betreiben sie aber, so viel ich weiss, nicht. Die Zuger Speck Medien AG ihrerseits hat eine Web-Factory, ist aber mit dem Verzicht auf eine strategische Beteiligung an der ZUGER PRESSE nicht auf dem Weg zur Multimediafirma. Die Internet-Dienstleistungen der Zuger Media AG sind ein klar definierter Teil unserer gesamten Angebotspalette, die von den heute zwei Produkten (Print-Abos und Print-Inserate) auf ein gutes Dutzend aufgestockt werden soll, nämlich von email-Abos bis hin zu Leidzirkularen, Inseratevermittlung und Schulungen. Mitgliedern des Grossen Gemeinderats werden wir zum Beispiel ein rubrifiziertes email-Abo über städtische Politik verkaufen können, weil die GGR-Berichterstattung im Print künftig erst am Freitag erscheint.

Finanziell bringen e-mail-Abos wenig, aber das Beispiel GGR zeigt, dass Reaktionen auf dem Netz bereits am Dienstagabend, also viel schneller als bei einer Tageszeitung, möglich sind.

Strategisch entscheidend ist, dass wir dank unserer neuen Software sogenannte News-Channels und einen völlig neu gestalteten Veranstaltungskalender mit wenig Zusatzaufwand voll in Homepages integrieren können, also nicht etwa als Link zu www.zugerpresse.ch. Diese sogenannte dynamischen Elemente unseres Angebots eröffnen uns theoretisch zahllose Türen. Allerdings fehlt uns noch die grafisch-gestalterische Kompetenz einer guten Webfactory, ebenso das eigene Programmier-Knowhow. Wenn wir so weit sind, ist der Kuchen in Zug gross genug, um nicht über die böse Konkurrenz klagen zu müssen. Weil wir Newcomer sind und keine Marktmacht haben, müssen wir Überdurchschnittliches bieten und effizient arbeiten. Das gilt nicht zu-

letz für den Rubrikenmarkt, der heute vom «Amtsblatt» dominiert (nicht monopolisiert) wird.

Bulletin: Du sprichst von der zukünftigen ZP als einer unabhängigen, kritisch-weltoffenen Plattform – an welches Zielpublikum richtet sich die «neue» ZUGER PRESSE konkret?

Dani Brunner: Wir sind eine Zweitzeitung, und dazu noch eine kleine. Die beglaubigte Auflage von 5472 ist in einem Kanton mit 40'000 Haushalten und rund 20'000 Firmen aber gross genug, um nicht ein allzu spezielles Zielpublikum, ob nun Linksliberale, Gewerbler oder Sportfans zu suchen. Wir wollen für die vielen speziellen «Gruppen» innerhalb unserer Leserschaft, die übrigens mehrheitlich eine Leserinnenschaft ist, je möglichst gute Angebote machen. Die Printausgabe soll etwas wie «the best of ZP-Internet» werden, weil wir online ja kontinuierlich publizieren werden. Wir verstärken aber nicht nur den «elektronischen Auftritt», sondern bieten auch im Bereich der Veranstaltungen und der wiederkehrenden «allgemeinmenschlichen» Gefässe wie Kommunikation, Reisen, Bauen und Wohnen, Unterhaltung, Gesundheit, Konsumentenschutz usw. mehr. Sonst findet die «zweite Stimme» weder genug Leser noch Inserentinnen. Die politische Berichterstattung ist im übrigen mit Lukas Nussbaumer als Chefredaktor bereits präziser geworden. Abbauen werden wir einen Teil der Veranstaltungsbesuche, sonst gibts keinen Spareffekt. Vergesst aber nicht: Niemand liest jedes Mal die ganze Zeitung Seite für Seite. Gewisse Seiten oder Rubriken regen einzelne Menschen regelmässig auf. Die möchten dann von der Redaktion oder mir jeweils «weniger Sport» oder «weniger Parteiengezänk» oder «kein AutoZug» mehr. Eine unabhängige Lokalzeitung zu schreiben oder zu verlegen ist offenbar auch eine Übung im Toleranzlehren.

Bulletin: Die Personalfuktuation bei der ZP war schon immer recht hoch. Nun hat sich der Rhythmus der Abgänge noch intensiviert – wie willst du sie ersetzen?

Dani Brunner: Gemäss unserem Redaktionsstatut schlägt der Chefredaktor die JournalistInnen vor. Das bleibt so. In der Redaktion sind die Verträge für alle offenen Stellen unterschrieben. Im Marketing- und Produktionsbereich haben wir die idealen (und willigen) Personen noch nicht gefunden. Immerhin dürfte Walter Wyss als Marketingleiter ad interim und als Projektleiter für den Umbau der ZP zur Multimediaplattform für positive Bewegung im Haus wie draussen auf dem Markt sorgen.

Bulletin: Welches sind deine journalistischen Vorbilder oder: Welche Zeitungen – print oder online – empfehlst du als Inhaber einer Dokumentationsstelle, als Neuverleger und als engagierter Linker zum besseren Verständnis der grossen und kleinen Welt (und zu ihrer Veränderung)?

Dani Brunner: Ich habe keine journalistischen Vorbilder, lese im übrigen immer noch die NZZ gerne, zunehmend auch wieder die «Weltwoche». Wichtig sind für mich allerdings vor allem themenbezogene Periodika, seien es nun Konsumentenzeitschriften, Branchen- oder Verbandspublikationen von Umwelt bis Wirtschaft und Tourismus. Zum besseren Verständnis der grossen und kleinen Welt und insbesondere zu ihrer Veränderung empfehle ich wie seit Jahren keine besondere Publikation, sondern schlicht und zuerst echtes Interesse an einzelnen Fragen. Dazu empfiehlt sich selbstverständlich ein Besuch in meinem Dokumentationszentrum an der St. Oswaldsgasse in Zug. Wer sich dann an der Welt beziehungsweise an der Realität reibt, wird sehr rasch mehr verstehen, wenn die ideologischen Scheuklappen nicht allzu unverrückbar montiert sind.

*Anmerkung der Redaktion: Bisher ist noch niemand der Luzerner Grünen an uns herangetreten. Aber vielleicht bekommen wir ja jetzt eine Einladung.....■

In eigener Sache

Abobeitrag 2000

In dieser Nummer finden sie den Einzahlungsschein für den Abobeitrag 2000.

Zur Erinnerung: Das Bulletin finanziert sich alleine aus Abobeiträgen, Spenden und Mitgliederbeiträgen des Herausgebersvereins.

Vielen Dank für die Einzahlung.

P.S.: Aus technischen Gründen erhalten auch AbonenntInnen einen ES, die Ihren Beitrag für 2000 schon bezahlt haben. Danke für Ihr Verständnis.

Die Redaktion

Bildungsstandort Zug

Die Bemühungen um den Erhalt mindestens einer LehrerInnenbildungsstätte im Kanton treten in die entscheidende Phase. Eine Expertenkommission empfiehlt die Stadt Zug als Standort für eine künftige pädagogische Hochschule. Das wird in Menzingen mit seiner langen Seminartradition schlecht verstanden.

**Von Kantonsrat Sepp Marty, Menzingen
Bild Brigitte Weiss**

In einem kürzlich in den Zuger Zeitungen erschienenen Leserbrief wurde die Region Zug als Bildungsstandort für eine künftige Lehrerinnen- und Lehrerausbildung offen in Frage gestellt. Mit Blick auf eine zunehmend globalisierte Ausrichtung, im Zeitalter optimierter Ausnutzung von Strukturen, mit einer immer hektischeren Vernetzung und dem steten Drang nach Omnipräsenz erscheint die Frage berechtigt. Doch halt! Bei einer Bildungsstätte für unsere Volksschullehrerinnen und -lehrer geht es nicht um irgendeinen Chemie- oder Industriekonzern, sondern um etwas fundamental anderes, nämlich um die Ausbildungsstätte von Lehrerinnen und Lehrern, welche dereinst unsere Kinder unterrichten und mit ins Leben führen werden. Und da ist es ganz entscheidend, auf welcher Ausbildungsbasis diese künftigen Lehrerinnen und Lehrer stehen. Geht es doch um die Vermittlung eines Gefühls von «Heimat», von persönlicher Beziehung. Und ein solches Gefühl müssen unsere Lehrerinnen und Lehrer auch erfahren, um es unsern Kindern später weiterzugeben. Der Kanton Zug muss darum auch inskünftig eine solche Grundlage bieten. Wer an keinem Ort zu Hause ist, keine Wurzeln hat, fällt leicht in Orientierungslosigkeit, und davor wollen wir unsere Kinder doch bewahren.



Welchem Bildungsstandort läuft die Zeit davon?

Tradition contra Erreichbarkeit

Lag es an ihrer Zusammensetzung, dass die von der DBK berufene «Expertenkommission», statt grundlegend pädagogischer Aspekte die verkehrstechnische Erreichbarkeit einer künftigen Bildungsstätte sehr hoch bewertete? Bei der Beurteilung sollte es vordringlich um die Qualität und die Verwurzelung einer solchen Bildungsstätte gehen. Dies würde zu ganz anderen Schlussfolgerungen führen. Und eine Diskussion darüber könnte die pädagogisch zentrale Frage herausarbeiten, in was für einer Bildungsstätte unsere Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden sollen und was für eine Rolle unser Kanton mit seiner Schulhoheit bei dieser fundamentalen Aufgabe inne hat.

Der Kanton Zug ist bei der Auswahl seiner Bildungsstätte für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in der glücklichen Lage, dass er nicht nur auswählen kann, sondern mit dem Seminar Menzingen über eine Bildungsstätte von überregionaler Ausstrahlung und besten Infrastrukturen verfügt. Und da soll dieses Seminar, das seit über 150 Jahren Lehrerinnen ausgebildet hat und den Bil-

dingsstandort Zug in besonderem Masse repräsentiert, nun plötzlich abseits stehen? Wenn die Expertengruppe doch wenigstens einen Abstecher ins Klosterdorf unternommen hätte, um ein ganzheitliches Bild vom Angebot zu gewinnen!

Die Expertensicht ist eine, die politische Vertretbarkeit die andere Seite. Und der Kanton Zug tut gut daran, wenn er die Kriterien für seine LehrerInnenbildungsstätte nicht auf deren verkehrsmässige Erschliessung reduziert. Und auch die Angst vor dem Risiko bei der sich neu entwickelnden LehrerInnenbildung darf uns nicht dazu verleiten, die Leitfäden aus der Hand zu geben. Es muss unser aller Interesse sein, den Standard hoch zu halten, um gute Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder auszubilden. LehrerInnenbildung war und ist ein wichtiges Kulturgut, zu dem wir Sorge tragen müssen. ■

Ein bisschen Soma gefällig?

Am 5. Dezember 2000 beginnt die 16. Schweizerische Volkszählung (im Folgenden FOLX-Zählung genannt). Sie wird die letzte Übergangsstufe zur registrierten Datenerhebung im Jahr 2010 sein.

Von Clarisse McClellan

Illustration aus «Dada – von Max Ernst bis Marcel Duchamp», Schuler Verlag 1988

Die Geizer Bevölkerung wurde 1850 erstmals gesamthaft in einer einheitlichen FOLX-Zählung erfasst. 1860 wurde der gesetzliche Rahmen gegeben, diese in einem 10-Jahres-Rhythmus durchzuführen. Dies stand im Zusammenhang mit der Entstehung der bürgerlichen Nationalstaaten, welche ein statistisches Instrument brauchten, um ihr Volk verplänen und in ihr System einbinden zu können. Die Geizer BürgerInnen scheinen bereitwillig über ihre persönlichen Daten Auskunft gegeben zu haben, bis die Folx-Zählung 1980 negativ auffiel. Ein amtlich anmutendes Schreiben war im Umlauf, welches besagte, dass die Volkszählung mangels rechtlicher Grundlagen nicht durchgeführt werde. Ein Fünftel der Fragebögen wurde nie ausgefüllt. Bei den anderen war bei jeder Frage eine Ausfallrate von wiederum 20 Prozent zu verzeichnen. In Lausanne ging ein ganzes Quartier vergessen.

1990: Fichen und Boykott

Mit dem «Fichen-Skandal» liess sich 1990 nochmals eine breit abgestützte Protestbewegung ins Leben rufen. Obwohl es ebenfalls eine hohe Ausfallrate gab und viele Fragebögen unvollständig oder falsch ausgefüllt zurückkamen, wurde diese Erhebung von offizieller Seite als Erfolg gehandelt. Damals gab es in

der WochenZeitung (WoZ) eine Plattform, wo verschiedene Gruppierungen diskutieren und zum Boykott aufrufen konnten. Am 21. 9. 1990 erschien eine interessante Stellungnahme von Charles-André Udry aus dem Vorstand des nationalen S.o.S.-Komitees, welches sich für die Aufklärung der Fichen-Affäre einsetzte. Unter anderem verteidigte Udry die FOLX-Zählung, weil ein Verzicht auf die Erhebung die Zentralisierung der Datenerfassung der kantonalen Einwohnerkontrollen und die Freigabe von Daten für kommerzielle Zwecke zur Folge haben könne.

"Die bestehenden Rechtsgrundlagen sollen den neuen Erhebungsmethoden und der vermehrten Nutzung von Daten aus administrativen Registern angepasst werden."

(Verlautbarung der Bundesversammlung Mai 1997)

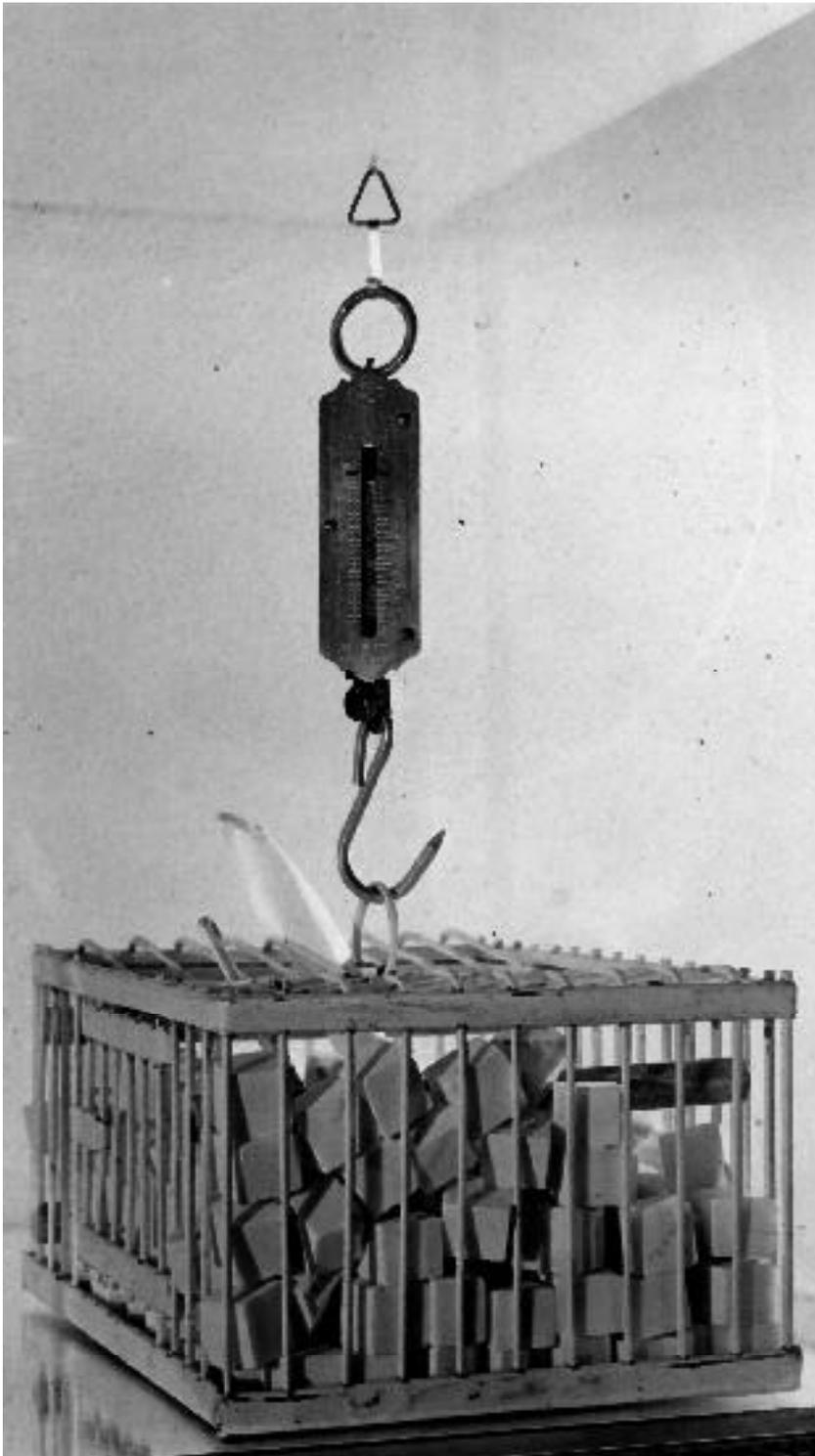
2000: Vordruckter Bogen

In den 90ern war boykottieren noch romantisch. Zum ersten Mal wurden die Fragebögen dem Haushaltsvorstand per Post zugestellt. Fremde Briefkästen eignen sich, um unerwünschte Post weiterzugeben. Da in vielen Gemeinden die nötige EDV fehlte, war noch Zählpersonal im Einsatz. Dieses konnte unterwandert werden. Ausserdem ist es schwierig, hart arbeitende Menschen zu Hause anzutreffen. Man kopierte den ausgefüllten Fragebogen. Wenn dann der/die ZählerIn ihn abholen wollte, war er, in ein Butterbrot eingewickelt, bereits nach Bern gesandt und frau wartete auf ihre Fiche, um den Bogen korrekt ausfüllen zu können. In der kommenden FOLX-Zählung wird das nicht mehr so einfach sein: Die teilweise vordruckten Fragebögen werden per Post zugestellt. Je nach Gemeinde werden sie noch persönlich eingesammelt. Auch die Erhebungsvariante 2010 wird nach Möglichkeit schon ange-

wandt. Ein Grossteil der Fragen wird ausgefüllt sein und das Zählpersonal wird nur noch für Kollektivhaushalte (Wohngemeinschaften, Internate, Gefängnisse...) eingesetzt. Laut Bundesamt für Statistik wird die Übergangserhebung 2000 der letzte Schritt sein, um eine Zentralisierung und Vernetzung aller Daten zu erreichen. Bestimmte Daten dürfen zur Nachführung und Korrektur kommunaler und kantonalen Einwohnerregister verwendet werden. Ein privates EDV-Unternehmen wird diese Daten verwalten. Um den Datenschutz zu gewährleisten, dürfen die Informationen nicht personenbezogen weitergegeben werden. Wo bei wir kein Mitspracherecht haben, ob persönliche, nicht personenbezogene Daten weiterverwendet werden dürfen.

Die Polizei schreibt mit...

Die Folx-Zählung an sich ist nicht dramatisch. Deren Umstrukturierung ist jedoch nicht die einzige, die durchgeführt oder geplant wird. Im Rahmen der «Überprüfung des Systems Innere Sicherheit» (USIS) soll der Polizeiföderalismus überwunden werden. Geplant ist die Ablösung des Fahndungssystems Ripol durch ein «automatisiertes Büroinformationssystem». Ein Polizist hat direkten Zugriff auf aktuelle Fahndungen, ohne Angaben eines genauen Grundes oder persönlicher Daten. Nun sollen die kantonalen Polizeicomputer vernetzt werden, damit eine Polizistin während einer Personenkontrolle herausfinden kann, ob die angehaltene Person in einem anderen Kanton Kontakt mit der Polizei hat. Dies betrifft zur Fahndung Ausgeschriebene ebenso wie Verdächtige, ZeugInnen oder AnzeigerstatterInnen. Des Weiteren wird der Grund laufender Untersuchungen ersichtlich sein. Dies betrifft organisierte Kriminalität ebenso wie Fahrraddiebstahl oder Nachbarschaftsstreitigkeiten.



...und Satelliten hören mit

Echelon ist ein Gemeinschaftsprojekt der USA, Kanadas, Englands, Australiens und Neuseelands, welches 120 über den Planeten verteilte Abhöranlagen umfasst. Damit können Millionen von Kommunikationsverbindungen gleichzeitig abgehört werden. Natels, E-Mails und Faxe werden systematisch nach verdächtigen Stichwörtern gescannt. Dies ist möglich, indem Satellitensignale und Richtstrahlverbindungen abgefangen werden. Die Schweizer Regierung realisiert ein ähnliches Projekt, genannt Satos 3. Wobei es unwahrscheinlich ist, dass ein kleines Land sich die nötige technische Ausstattung besorgen kann, ohne sich an den grossen Bruder Echelon zu binden. Die Swisscom-Anlage in Leuk (BE) wird mit einem zusätzlichen Parabolspiegel ausgerüstet. In der Militäranlage Heimenschwand oberhalb des Thunersees werden es deren vier sein. Die abgefangenen Nachrichten sollen in Längenberg südlich von Bern von 40 SprachspezialistInnen und InformatikerInnen ausgewertet werden. Erste Pilotversuche sind für den nächsten Jahreswechsel geplant. Kosten soll der Bau 40 Millionen Franken; exklusive der sechs in Israel bestellten Abhörsysteme. Begründet wird dies mit dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Das ist jedoch nicht der Aufgabenbereich des Betreibers, des militärischen Nachrichtendienstes. Sinn macht es nur, wenn er ermittelte Informationen an die Polizei weiterleiten kann. Aber dafür findet sich nirgendwo eine rechtliche Grundlage.

Neben Satos 3 - welches den Datenschutz aus technischen Gründen ausschaltet - wirkt die Fichenaffäre wie ein harmloses Vorgeplänkel. ■

«Seiner Zeit voraus»

Hohe Wellen hat der Doppelrücktritt der beiden Gemeinderäte der Freien Wähler (FW) in Menzingen geworfen. Das Bulletin hat sich mit Marianne Aepli und Edi Häfliger darüber unterhalten. Marianne Aepli (mae), 34, Primarlehrerin / Familienfrau, geschieden, 3 Kinder (9,11,13), Vizepräsidentin FW seit der



Gründung 1994, im Teilzeitverhältnis Lehrerin in Menzingen, Mitglied der Schulleitung, seit 1995 Mitglied Baufachkommission.



Edi Häfliger (edi), knapp 60, Lotse (Unternehmensberater), geschieden, 2 erwachsene Kinder, wieder verheiratet, Mitglied der Freien Wähler Menzingen und Coach für Marke-

tingfragen, in der Gemeinde individueller Querdenker ohne öffentlichen Auftrag.

Die Fragen stellte Martin Stuber

Bild Bulletin

Bulletin: Vor fast 6 Jahren gelang den Freien Wählern ein furioser «Einbruch» in die immer noch streng geschlossene politische Menzinger Gesellschaft. Gleich zwei Sitze im fünfköpfigen Ge-

meinderat habt ihr erobert, die zudem entgegen allen Unkenrufen vorletztes Jahr relativ locker verteidigt werden konnten. Wie war dieser Erfolg überhaupt möglich?

Antwort: Der erste Erfolg war nur für jene eine Überraschung, die kein Gespür für politische Stimmungen in Menzingen haben. Er war gebaut auf Hoffnung, auf Veränderung, auf Ablösung der unendlich langen und auch eigenmächtigen CVP-Politik und die teils arrogante Haltung einzelner Polit-Exponenten. Die Zeit war reif für diesen Umbruch. Anders sieht es aus mit der «relativ lockeren» Verteidigung dieser beiden Sitze vor einem Jahr. Damals hat der Wahlauschuss seine Aufgabe sehr professionell und engagiert wahrgenommen. Damit waren wir zumindest im «Vermarkten» der FW den andern eine Nasenlänge voraus, was selbst FDP-Präsident und Kantonsrat Bruno Pezzatti zu Komplimenten bewogen hatte. Zudem haben sich Herbert Zürcher und Seby Elsener, die beiden nun zurückgetretenen Gemeinderäte der Freien Wähler, damals mit vierjähriger Amtserfahrung zur Wiederwahl gestellt. Wir haben während den Wahlzeiten als Freie Wähler und Wählerinnen an den Erfolg geglaubt. Manchmal mag der Glaube auch schwarze Berge versetzen...

Bulletin: In der Neuen Zuger Zeitung vom 6. Mai schildert Seby Elsener eindrücklich und ziemlich konkret, wie ihn die bürgerliche Mehrheit hat auflaufen lassen, die zahlreichen Intrigen gegen ihn werden nur angedeutet. Ich erinnere mich an einen alternativen Workshop vor einigen Jahren, an dem Seby seinen Leidensweg schon damals geschildert hat. Hättet ihr als Freie Wähler nicht ganz anders reagieren müssen auf diese Situation, sich den teils «versteckten» Konfrontationen weniger konsensorientiert stellen müssen?

Antwort: Im Nachhinein ist man immer klüger. Wir haben als «Strategieteam» die beiden FW Gemeinderäte vor allem im letzten Jahr stark unterstützt und immer wieder zum Durchhalten ermutigt. Aus unserer Sicht wäre es schon viel früher nötig gewesen, im Rat mal auf den Tisch zu hauen (dass zumindest die Tischbeine wackeln). Doch letztendlich sind Herbert und Seby im Rat: Sie müssen entscheiden, wieviel gegenseitige «Haut» sie ertragen, in welcher Art sie sich den Konflikten stellen und was sie an politischen Entscheiden mittragen können.

Bulletin: Was hat denn nun konkret zum Doppelrücktritt Eurer Gemeinderäte geführt?

Antwort: Dazu müsstest Du ein Buch schreiben - ganz kurz gefasst, das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt: Alarmierend waren bei beiden die gesundheitlichen Schwierigkeiten, das Nicht-mehr-Wollen und physisch wie psychisch nicht-mehr-Können. Diese Schwierigkeiten wiederum entstanden sicher zum grössten Teil aus der unbewältigten Konfliktsituation im Rat. In dieser verfahrenen Situation war für die beiden der Rücktritt die vernünftigste Strategie. (Arbeitstitel für das Buch: Umgang mit Mobbing in Kaderpositionen, am Beispiel der Exekutive Menzingen, Kt. Zug)

Bulletin: Die Ersatzwahlen sind schlecht gelaufen für die FW, die nicht mal einen Kandidaten hatten. Was ist da passiert?

Antwort: Erstens haben wir mit Pia Rhyner eine FW-Gemeinderätin, die nachgerückt ist. Dann haben wir unter anderem auch per Inserat NachfolgerInnen gesucht, herausgekommen sind dabei drei «wilde Kandidaturen», die wir unterstützten. Für zwei Kandidierende haben wir auch die Wahlbroschüre mit FW-Begleittext herausgegeben. Weil wir innert nützlicher Frist keine Nominationsversammlung durchführten, konnte auch

Menzingen

niemand als «Freie Wähler» kandidieren, das war unser interner Stolperstein. Immerhin haben sich fünf Personen um den Sitz des Bauchefs in der Nachwahl beworben, nur schon das zeigt auf, dass in Menzingen die Verhältnisse aus der Zeit vor den Freien Wählern endgültig vorbei sind.

Bulletin: Bei den Ersatzwahlen hat sich die SVP etabliert, dürfte bei den nächsten Gemeindewahlen einen Sitz erobern. Könnte die nun erfolgte Flurbereinigung auch eine Chance für die Freien Wähler sein, sich klarer und profilierter als die alternative Kraft in Menzingen zu positionieren mit nur noch einem Sitz im Gemeinderat, dafür «freier atmend»?

Edi: Soweit sind wir überhaupt nicht. Die SVP hat ihren Sitz noch gar nicht gemacht. Wir werden mit einer guten Vorbereitung und guter Arbeit wieder auf zwei Sitze bei den nächsten Wahlen hinarbeiten.

Mae: Bis anhin haben wir mit viel Idealismus versucht, eine politische Informations- und Diskussionsplattform in Menzingen anzubieten, ohne dabei einer politischen «Farbe» zugeordnet zu sein. Ich zweifle, dass sich das auf die Dauer bewährt, obwohl ich die Idee überzeugend finde: Dazu braucht es politisch mündige, unabhängige Menschen und weniger Machtgehebe. Ob sich die Freien Wähler zukünftig «alternativ positionieren», sich als Verein auflösen oder so weiter funktionieren wie bis anhin, wird sich erst zeigen.

Bulletin: Erfahrungsgemäss stellt der weiter oben erwähnte «Einbruch» oder anders gesagt: das Aufbrechen veralteter Strukturen - eine Frage ganz klar auf die Tagesordnung: Das Aufräumen mit dem jahrzehntealten Filz und damit verbunden bessere Chancen für die Realisierung der «technokratisch» oder sach-



Vom Schiff aus gesehen gehen die Freien Wähler in Menzingen nicht unter - Edi Häfliger und Marianne Aepli analysieren

politisch vernünftigsten Lösungen. man denke z.B. an das Leitbild für die öffentlichen Bauten.

Antwort: Mit dem Erfolg der Freien Wähler ist tatsächlich vieles aufgebrochen. Zur Veränderung der Strukturen braucht es allerdings Zeit, die erste Reihe «Winkelried» hat gekämpft. Wenn der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung im Juni dieses Jahres von Standort-Marketing spricht, - im Zusammenhang mit Raumplanung und Finanzausgleich - so wird klar, dass wir in Menzingen zwangsläufig Leitbilder oder Leitgedanken für unsere zukünftige «Ortsplanung» brauchen. Seby Elsener hat sich für die Schaffung verschiedener Leitbilder immer wieder stark gemacht, aber ihm hat man vorgeworfen, er plane, anstatt zu bauen. Dabei war er diesbezüglich seiner Zeit einiges voraus und hat gesät, was andere jetzt ernten oder auch pflegen können.

Bulletin: Wie laufen die Fäden des Menzinger Filzes heute, welche Rolle spielt das Kloster noch?

Antwort: Der jahrzehntealte Filz ist durchlöchert, überholt sich selbst, beziehungsweise hat sich bereits selbst ins Abseits manövriert. Das Kloster ist in Menzingen in verschiedenster Art präsent: im Westen mit dem politisch wohl offensten Flügel, dem Lasallehaus in Schönbrunn, im Dorfzentrum mit dem grossen Institut der Lehrschwestern, auf der anderen Ortsseite mit der erkonservativen Priesterbruderschaft St. Pius X. im Schloss Schwandegg. Und über allem - sozusagen als Krone - die Schwesterngemeinschaft auf dem Gubel. Hier gibt es kein Entrinnen, die Lehrschwestern im Dorf machen immer noch rund 15% der Menzinger Stimmbevölkerung aus, zudem sind sie «stimm- und wahlfreudig» - oder einfach pflichtbewusste Staatsbürgerinnen. Wer mit seinen politischen Themen die Klöster nicht anspricht, hat einen schweren Stand in Menzingen. ■

Fiskalischer Sonderbund oder solidarischer Bund?

Das neue Zuger Steuergesetz ist noch unsolidarischer als das bisherige, obwohl es unter dem Titel «Steuerharmonisierung» revidiert wurde. Was wären die Folgen, wenn die anderen Kantone die zugerischen Dumpingtarife übernehmen würden?

Von Josef Lang, Kantonsrat SGA

Die drei Schweizer Kantone, die am konsequentesten versuchen, den anderen 23 Kantonen Steuersubstrat zu entziehen, gehörten vor 153 Jahren jenem Sonderbund an, der die Schaffung eines liberalen und solidarischen Bundesstaates zu verhindern versuchte. Rächen sich Nidwalden, Schwyz und Zug auf diese Weise dafür, dass sie damals in den Bund gezwungen wurden?

Einen wichtigen Unterschied gibt es zwischen dem klerikalen Sonderbund von damals und dem fiskalischen von heute. War die Mehrheit der Politiker damals dem Klerus hörig, tanzt sie heute nach der Geige der Wirtschaftsanwälte und Treuhänder und nach dem Gezitscher der Steuerparadiesvögel. Zu kurz kommen heute wie damals die Demokratie (siehe Abschaffung der öffentlichen Steuerregisters auf Druck von deutschen Steuerflüchtlings) und die Solidarität. Wie damals gibt es auch heute in Zug eine engagierte Minderheit, welche das Allgemeininteresse über die Sonderinteressen einiger weniger Privilegierten setzt.

Volk gegen Steueroasen

Die beiliegenden Zahlen zeigen, dass die formelle Steuerharmonisierung die materiellen Unterschiede nicht kleiner macht. Diese Einsicht dürfte Bundesrat Kaspar Villiger dazu bewogen haben, ausgerechnet im Kanton Zug anlässlich der Finanzdirektorenkonferenz die Aus-

sage zu machen: «Das Volk will keine Steueroasen» (Neue Zuger Zeitung 9.6.2000).

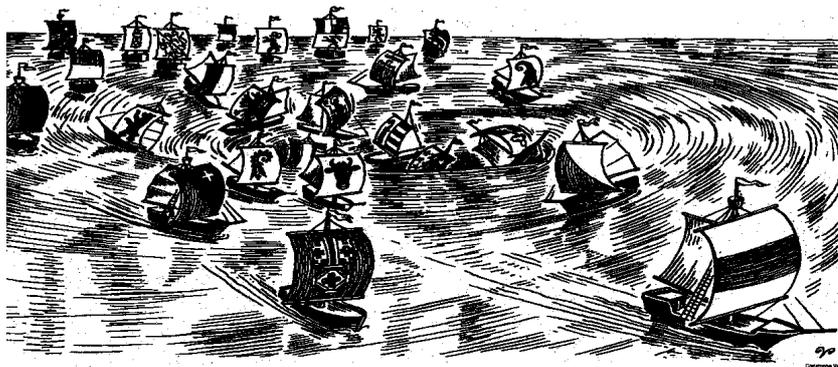
Die Neue Zürcher Zeitung hatte sich in ihrem Jubiläumseditorial zum 1. August 1998, anlässlich des 150. Geburtstags des Bundesstaates, ganz ähnlich ausgedrückt. Sie warnte, dass der «Steuergraben» dem «nationalen Zusammenhalt» gefährlicher werden könnte als der «Röstigraben». (NZZ 31.7.1998)

Die Steueroasen gefährden aber auch den «sozialen Zusammenhalt». Sie reisen nicht nur Gräben zwischen Kantonen, sondern auch zwischen den Reichen und den anderen auf. «Gewinner eines gnadenlosen Steuerwettbewerbs sind Grossverdiener und Firmen mit viel mobilem Kapital, die sich die günstigen Steuerdomizile auswählen können. Verlierer sind die Kantone und Gemeinden insgesamt, denen Einnahmen entgehen. Und mit ihnen haben auch die weniger mobilen Industriebetriebe, das lokale Gewerbe, der Mittelstand und die arme Bevölkerung das Nachsehen. Denn sie alle müssen die sinkenden Steuererträge der öffentlichen Hand entweder ausgleichen oder aber Einbusen an staatlichen Leistungen erleiden.» (Weltwoche 3.7.1997 unter dem Titel «Schafft den ruinösen Steuerwettbewerb ab!»)

Der Zuger Weg führt in den Ruin

Hanspeter Guggenbühl, der dieses Fazit gezogen hat, hat vor drei Jahren gemeinsam mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung ausgerechnet, was die Folgen wären, wenn die anderen Kantone dem schlechten Beispiel Zugs folgen würden. «Die Einnahmen, die alle Kantone und Gemeinden in der Schweiz allein aus der Einkommenssteuer von natürlichen Personen erzielen, ergeben pro Jahr eine Summe von 26,4 Milliarden Franken. (Durchschnitt der Jahre 1991/92) Würde man nun statt der effektiven Ansätze überall den Steuertarif von Stadt und Kanton Zug anwenden, so schrumpften diese Einnahmen auf 15,2 Milliarden Franken. Womit die Kantone und Gemeinden in der Schweiz allein bei den Einkommenssteuern von natürlichen Personen einen Steuerausfall von jährlich 11,2 Milliarden hinnehmen müssten.» Nimmt man noch die Vermögenssteuer dazu, beliefe sich der Steuerausfall auf 17 Milliarden Franken pro Jahr.

Was wären die Folgen einer Verallgemeinerung der zugerischen Steuerpolitik, welche zu einem Einnahmenverlust von 42 Prozent führen würde? Schulen müssten geschlossen oder die Klassen auf 60 Kinder aufgestockt werden. Fürsorgeabhängige und ihre Betreuerinnen und Betreuer müssten auf die Strasse geschickt oder gestellt werden. Die Strassen



Auch Zug gerät irgendwann in den grossen Pleitenstrudel

und andere Infrastrukturen liessen sich nicht mehr erneuern, schon gar nicht neu bauen. Der öffentliche Verkehr müsste seine Dienste massiv reduzieren. Und das Allerschlimmste: «Die Polizei könnte das Vermögen der Reichen nur noch halbtags schützen.» Dafür müssten diese überhaupt keine Steuern mehr zahlen, weil der Personalabbau bei den Gemeinwesen auch die Steuerbeamten erfassen würde.

Wenn die Kantone und Gemeinden den Zuger Weg einschlagen, landen sie nicht in Zug, sondern im Ruin. Und selbst wenn sie in Zug ankämen, träfen sie den Ruin an. Denn das Zuger Steuerparadies lebt von einer funktionierenden Umgebung. Die Oase ist abhängig vom auswärtigen Wasserzufluss, dem oberflächlichen wie dem untergründigen. Den Zuger Reichen geht es nur solange gut, als die anderen Kantone die Politik der Zuger PolitikerInnen nicht übernehmen.

Noch verheerender sind die Folgen von Steuerparadiesen für die armen und vor allem die ärmsten Länder. Jeder südamerikanische Franken, der in Zug landet, bedeutet dort weniger Bildungs- und Gesundheitsausgaben im Gegenwert einer Zehnernote. Die höllischen Lebensbedingungen dort haben auch zu tun mit den paradiesischen Steuerverhältnissen hier.

Wann streichen die CVP das «Christliche», die SVP das «Schweizerische» und die FDP das «Freisinnige» aus ihrem Namen? Freisinnig bedeutete einmal Solidarität vor kantonalem Egoismus. ■



Der Spiegel (24 / 12. 6. 2000), der aus einer SGA-Stellungnahme zitierte, teilt unsere Einschätzung: Die Öffentlichkeit der Steuerregister ist eine demokratische und steuerpolitische Schlüsselfrage. Wir wissen, dass Herr Conradi massiv Druck auf die Steuerverwaltung ausgeübt hat, um die Öffentlichkeit abzuschaffen. Wer hat sonst noch Druck ausgeübt? Liegen den Bürgerlichen Zugs die Interessen superreicher Steuerflüchtlinge mehr am Herzen als die demokratischen Errungenschaften der Bürgerinnen und Bürger Zugs?

Je tiefer die Steuern, desto höher die Mieten

Die jüngste Ausgabe des im NZZ-Verlag erscheinenden «Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2000» bestätigt es: «Das Mietpreisniveau variiert je nach Region. Bei einer Unterscheidung nach den 48 Agglomerationen der Schweiz wurden die höchsten Durchschnittsmieten in der Agglomeration Zug registriert; sie sind mehr als doppelt so hoch wie jene in La Chaux-de-Fonds/Le Locle, der Agglomeration mit dem tiefsten Wert». (S. 231)

Von Josef Lang, Kantonsrat SGA

Grafiken Martin Stuber, Quelle: Steuerverwaltung Zug

Die zugerischen Mieten liegen etwa 30% über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Die Steuern sind etwa 45% tiefer. Je tiefer die Steuern, desto höher die Mieten - und umgekehrt. Da die Reichen in der Regel Boden- und Häuserbesitzer sind, gereicht ihnen beides zum Vorteil: die tiefen Steuern und die steigenden Immobilienpreise. Der Grossteil der unteren Einkommenschichten und die Mehrheit des Mittelstandes haben mehr Nachteile als Vorteile.

Nehmen wir das Beispiel einer Zugerin, die im Jahr 18'000 Franken Miete und 5'000 Franken Kantons- und Gemeindesteuern bezahlt. Als Durchschnittsschweizerin würde sie etwa 4'000 Franken weniger Miete und etwa 4'000 Franken mehr Steuern bezahlen. (Die anderen Lebenskosten, die in Zug gesamthaft ebenfalls höher sind, lassen wir mal weg!) Eine Mittelstandsfamilie, die jährlich 30'000 Franken für die Miete bezahlt, müsste 7'000 Franken weniger Steuern bezahlen als im schweizerischen Durchschnitt, um diesem gesamthaft gleichgestellt zu sein.

Drohende Verliechtensteinerung

Angesichts solcher Zahlen dürfte der Befund einer regierungsrätlichen Studie aus dem Jahre 87 heute noch Gültigkeit haben: «Ein durchschnittlicher Einkommensbezüger in Zug hat nach Abzug von Miete und Steuern weniger Einkommen zur freien Verfügung als in den Städten Zürich und Schaffhausen. Die tiefen Steuern vermögen die hohen Mietkosten nicht zu kompensieren.» (S.36) Mindestens so stark ins Gewicht fällt die Beeinträchtigung der Lebensqualität: «Steigende Umweltbelastung, hohe Lebenshaltungskosten, eine starke Nachfrage nach Wohn- und Geschäftsraum sowie öffentlicher Infrastruktur und damit ein immer grösserer Anteil des überbauten Raums im Kanton Zug senken die Attraktivität als Lebensraum.» Dazu kommt eine höchst unsoziale Folge: «Ein wichtiger Regulator der zukünftigen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sind die hohen Boden- und Mietpreise. Sie führen zu einer Verdrängung von Bezügerm durchschnittlicher Einkommen aus der Stadt Zug in periphere Gemeinden.» (S. 53) (Die von Dr. rer. pol. Hans Rentsch und lic. phil. Michael Ackermann vom Forschungsinstitut für Wirtschafts- und Sozialpolitik verfasste 67-seitige Studie trägt den folgenden Titel: Die Wirtschaftsentwicklung des Kantons Zug. Eine Untersuchung ökonomischer Wirkungszusammenhänge in der Wirtschaftsregion Zug. Verfasst im Auftrag der Finanzdirektion des Kantons Zug, Oktober 1987.)

Mit dem neuen Steuergesetz, das uns eine bisher unerreichte Firmenflut beschern wird, werden all die negativen Tendenzen noch bestärkt: höhere Mietzinse, mehr Verkehr und Lärm, weniger Grünflächen, eine schwächere politische Kultur, eine verstärkte Wirtschaftskriminalität und ein grösseres politisches und gesellschaftliches Gewicht der Finanzplatz-Lobby. Kurzum: Ein Ja bedeutet ein Ja zur Verliechtensteinerung Zugs. ■

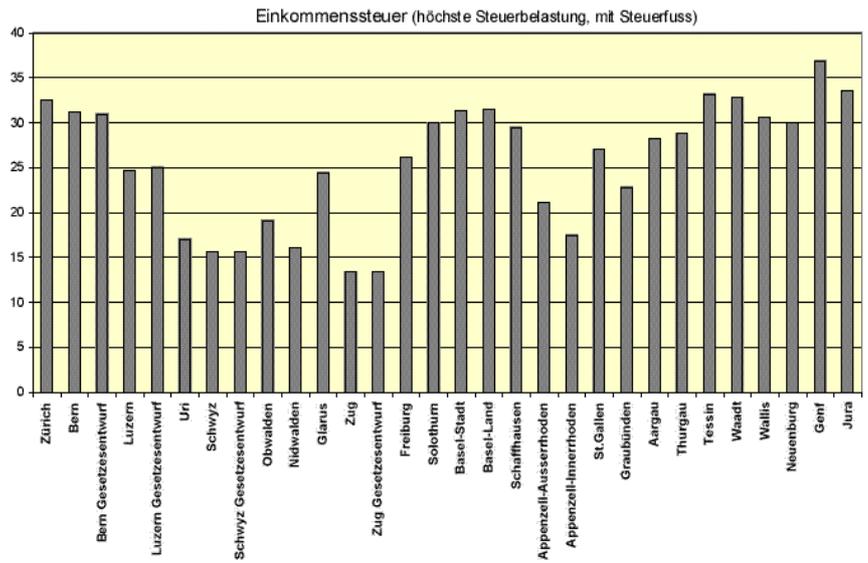
Neuer Finanzausgleich bringt wenig

Unter anderem um die riesigen Steuerunterschiede unter den Kantonen etwas auszugleichen, schlägt der Bundesrat einen Neuen Finanzausgleich (NFA) vor. Dieser dürfte den Kanton Zug jährlich etwa 40 bis 50 Millionen Franken kosten. Dass dies den dickköpfigsten EgoistInnen in der zugerischen «classe politique», allen voran den ach so «freundeidgenössischen» SVP-Patrioten, zu viel ist, erstaunt niemanden. Gegen diese unterstützen wir natürlich den zugerischen Beitrag.

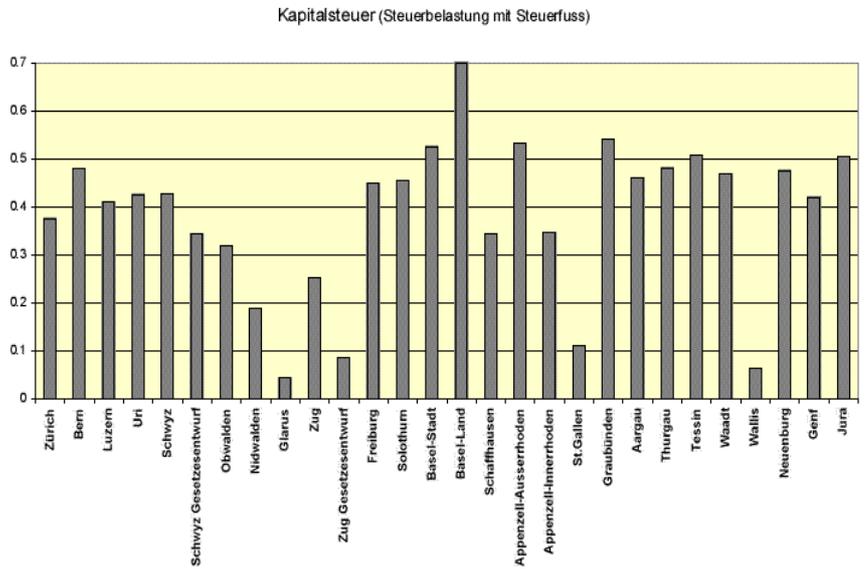
Andererseits dürfen wir uns über die Wirkkraft des NFA keine Illusionen machen. Der SP-Nationalrat Ruedi Strahm hat ausgerechnet, dass der Unterschied zwischen einem jurassischen und einem zugerischen Steuerzahler sich von 5000 Franken lediglich auf 4000 Fr. reduzieren würde. (Siehe dazu: Rudolf Strahm/ Urs Hänsenberger: Thesen zum Neuen Finanzausgleich [NFA], Januar 2000)

Offensichtlich braucht es eine radikale Änderung im schweizerischen Steuersystem. Einen guten und praktischen Vorschlag machte die SPS-Fraktion im Nationalrat vor zwei Jahren: «Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zur materiellen Steuerharmonisierung vorzulegen. In den Kantonen und Gemeinden hat sich die gesamte Steuerbelastung pro Einkommens- und Vermögens- resp. Gewinn- und Kapitalsteuerklasse innerhalb einer vom Bund festgelegten Bandbreite zu bewegen. Für die Grundstückgewinnsteuer und allenfalls für die Erbschafts- und Schenkungssteuer sind einheitliche Normen sowie Mindest- und Maximalsteuersätze vorzusehen.» Wenn die Bürgerlichen in den Kantonen so weiter machen wie in den letzten Jahren, hat die materielle Steuerharmonisierung samt Bandbreitenmodell eine echte Chance.

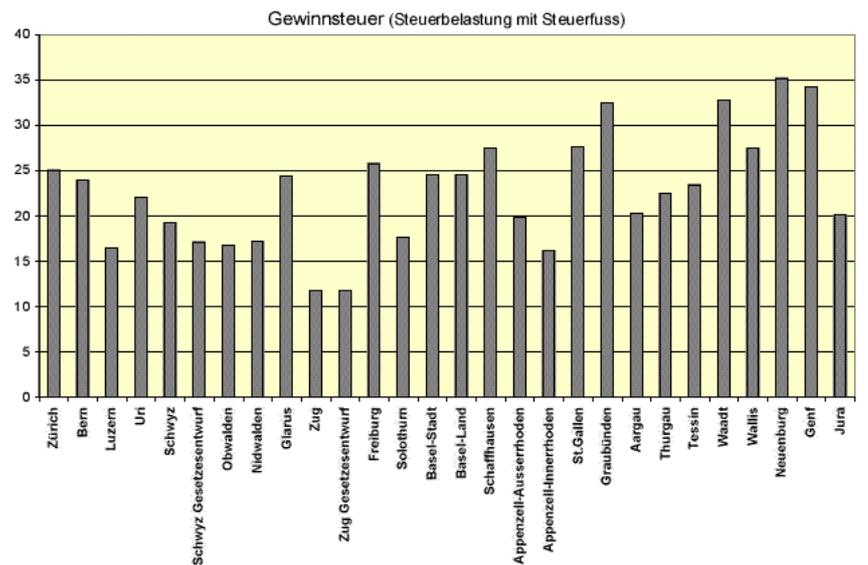
Reiche Zuger zahlen am wenigsten.



Kapitalgesellschaften noch privilegierter.



Die "formelle Steuerharmonisierung" hat das schweizerische Steuersystem bisher nicht harmonischer gemacht.



Café RebelDia im «Chaos»

Am 25. März 2000 fand im Restaurant Chaotikum eine Veranstaltung zur Befreiungsbewegung in Chiapas/Mexiko statt. Gleichzeitig wurde zur Kaffeedegustation eingeladen. Der Kaffee stammt aus sechs autonomen Landkreisen im Hochland von Chiapas, wo sich die indigenen Gemeinden im Zuge des zapatistischen Aufstandes organisiert haben.

Von Oliver Bevanda. Bilder Bulletin

Zur Veranstaltung luden die Gruppe «Anarchophobia» und das Restaurant Chaotikum mit Unterstützung der SGA. Als Redner wurde ein Vertreter der Gruppe «direkte Solidarität mit Chiapas» eingeladen. Das Programm des Tages war ziemlich voll, so dass der Anlass schon morgens um 9 Uhr mit Kaffee und Gipfeli anging. Gezeigt wurde zuerst ein Einführungsfilm zum Thema. Im Anschluss wurden zwei Kurzreferate mit Diashows zur Geschichte Mexikos, insbesondere Chiapas, den revolutionären Frauengesetzen, der aktuellen Situation und den autonomen Lebensformen geführt. Am späteren Nachmittag fand dann die Kaffeedegustation statt, nach welcher noch mal ein Kurzreferat zum zapatistischen Kaffee gehalten wurde. Es kam noch zu einer, meiner Ansicht nach, interessanten Grundsatzdiskussion über politische Solidaritätsarbeit im allgemeinen und im besonderen mit Chiapas. Nach dem anschliessenden (mexikanischen) Abendessen wurde noch der neue Film «Muévete-Beweg Dich» gezeigt, in dem über die momentan wichtigsten sozialen Kämpfe in Mexiko, den zapatistischen Aufstand, die Kämpfe gegen die Privatisierung der Elektrizitätswerke und die Einführung von Studiengebühren berichtet wurde.

Café RebelDia

Seit letztem Sommer ist es möglich, Kaffee (Arabica) von der chiapanekischen Kooperative «Mut Vitz - Berg der Vögel» aus «autonomen, indigenen Gemeinden im Widerstand» in Europa zu geniessen; dies dank der Pionierarbeit von Leuten aus Denver und Hamburg. Das Chiapas-Soligruppen-Netz suchte PartnerInnen, um diesen Kaffee auch in der Schweiz zu vertreiben. Sie konnten dafür die Firma Bertschi Café in Birsfelden als Röster gewinnen und bekamen die Zusage von verschiedenen Verkaufsorten, u.a. dem Chaotikum in Zug, dass sie den Kaffee in ihr Sortiment aufnehmen. Damit waren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verkauf geschaffen. Sie konstituieren sich als Verein Café RebelDia, um als Mittler zwischen ProduzentInnen, Rösterei, Zwischenhandel und KonsumentInnen

aufzutreten. Der Kaffee ist von der «Max Havelaar-Stiftung» als «Fair Trade»-Produkt zertifiziert worden und eine Zertifizierung als «Bio»-Produkt ist in die Wege geleitet.

Die Gemeinden im Widerstand gegen die neoliberale Ausbeutungspolitik suchen autonome Strukturen, die ihnen eine ökonomische und soziale Alternative zur perspektivenlosen Abhängigkeit ermöglicht. Das Projekt des Fair-Trade-Kaffees, das der Verein Café RebelDia mitunterstützt, trägt dazu bei, die lokale Infrastruktur und die fachspezifische Ausbildung finanziell zu unterstützen und die Selbstverwaltung der Autonomen Strukturen zu stärken. Die Genossenschaftsmitglieder von Mut Vitz sind darum bemüht, als selbstständige Kooperative die Qualität des Kaffees zu gewährleisten. Sie akzeptieren die Wichtigkeit der Durchführung von strikten Kon-



Übergriffe durch Militärs auf «Indigenas» gehören in Chiapas zum Alltag

trollen ihrer biologischen Produktion, um für den hochqualitativen Hochland-Kaffee das Bio-Gütesiegel zu erhalten. Auf diese Weise erhoffen sie sich, Zugang zum internationalen Markt zu erreichen.

Autonomie

KleinbäuerInnen-Genossenschaften wie «Mut Vitz» sind konkrete Beispiele für lokale Initiativen, die auf einen gesellschaftlichen Wandel hin arbeiten, der die indigene Autonomie und die Menschenrechte respektiert. Die ProduzentInnen hoffen durch die direkte Kontrolle der Verarbeitung und den Verkauf ihres Kaffees, eine bessere Lebensqualität für sich und ihre Gemeinden erreichen zu können. Der Grossteil der indigenen Bevölkerung in Chiapas hat genug von den leeren Versprechungen der mexikanischen Regierung und versucht deshalb, sowohl wirtschaftliche wie politische Autonomie zu erreichen, um seine Grundbedürfnisse wie ausreichende und gesunde Ernährung und ärztliche Versorgung befriedigen zu können. Diese Selbstbestimmung ist als basisdemokratische Organisationsform zu verstehen und nicht zu verwechseln mit einer Abspaltung vom mexikanischen Staat. Die indigenas wollen nicht länger als Menschen zweiter Klasse gelten, sondern als vollwertige BürgerInnen Mexikos mit eigener Kultur und politischer Selbstbestimmung anerkannt werden.

Staatliche Repression und paramilitärischer Terror

Unabhängige Kooperativen wie «Mut Vitz» werden von der staatlichen Repression und von paramilitärischen Banden bedroht. Die Aufstandsbekämpfung in den Dörfern im Lakandonischen Urwald und im Hochland von Chiapas hat zum Ziel, unabhängige Organisationsansätze zu unterdrücken. So wurde

am 13. Januar 2000 ein Kaffeebauer, der seine Kaffeeernte in die Kooperative gebracht hatte, auf dem Heimweg zwischen El Bosque und Chavajebal von bewaffneten Männern erschossen. Der Mord wurde zuerst nicht angezeigt aus Angst davor, dass die Regierung mit dem Vorwand der Verbrecherverfolgung weitere Übergriffe auf die indigenen Dörfer mit Hilfe von Militär und Polizei tätigt. Dieselben Täter ermordeten am 1. Februar aus einem zweiten Hinterhalt drei Bauern, ein vierter wurde durch einen

Kaffeeverkauf im Chaotikum

Ab sofort kann der Kaffee im Restaurant Chaotikum in Zug gekauft und/oder getrunken werden. Die Preise betragen:



250 g gemahlen 8.50 Fr.
500 g gemahlen oder Bohnen 14.50 Fr.
1000 g Bohnen 23.50 Fr.

Weitere Infos unter:
www.chiapas.ch
oder
Café RebelDia
Eglistrasse 25
8004 Zürich

Bauchschuss schwer verletzt. Auch diese Bauern waren auf dem Heimweg, nachdem sie ihre Kaffeeernte bei «Mut Vitz» abgeliefert hatten. Nun entschlossen sich die Angehörigen der Opfer, die fünf Täter bei den örtlichen Behörden anzuzeigen. Am 5. Februar wurden die Mörder verhaftet. Laut offiziellen Meldungen soll es sich dabei nicht um politisch motivierte Morde handeln, sondern um Raubmord, da allen Opfern der Erlös aus dem Kaffeeverkauf gestohlen wurde. Laut den Angeklagten soll jedoch der PRI-Gemeindepräsident von El Bosque den Mördern 17'000 mexikanische Pesos (ca. 2800 SFr.) für die Ausübung dieser Bluttaten bezahlt haben. ■

Erfolgreich dank Gesprächen

Bereits bei der Rückkehr der BosnierInnen hatte der Kanton Zug gute Erfolge erzielt, indem er nicht mit der Geissel klöpfte, sondern das Gespräch mit den Betroffenen suchte und fallweise die Ausreisefristen verlängerte: Die Ausreisequote war überdurchschnittlich hoch. Dasselbe ist nun beim Kosovo-Rückkehrprogramm gelungen, namentlich mit einer einmaligen Gesprächsaktion des Amts für Ausländerfragen.

**Von Hanspeter Uster, Regierungsrat
Bild Brigitte Weiss**

Schon 1998 hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass im Umgang mit der grossen Zahl sich korrekt verhaltender Ausländerinnen und Ausländern eine auf gegenseitigem Respekt beruhende, in erster Linie auf Freiwilligkeit basierende Politik zum Erfolg führt. Wie schon 1998 bei der Rückkehr der Menschen nach Bosnien trägt diese Politik auch bei der Rückführung der Menschen in den Kosovo Früchte und ist im gesamtschweizerischen Vergleich erfolgreich. So liegen die freiwilligen Ausreisen im Kanton Zug um 12% höher als im gesamtschweizerischen Vergleich, und die Anwendung von Zwangsmassnahmen konnte sich auf einige wenige Fälle beschränken.

Bis Mitte Juni 2000 haben über 400 Personen die Schweiz freiwillig verlassen. Das ist das Ergebnis intensiver Gespräche, welche die zuständigen Amtsstellen mit den betroffenen Personen geführt haben. Insbesondere das Kantonale Amt für Ausländerfragen (KAFA) hat alle Betroffenen zum Teil mehrmals eingeladen, um sie im persönlichen Ge-

spräch zur freiwilligen Rückreise zu bewegen. Ein wichtiger Anreiz waren dabei auch die Rückkehrhilfe-Beiträge: Personen, die sich rechtzeitig für das Rückkehrhilfeprogramm des Bundes anmeldeten, erhielten Beiträge von Fr. 2'000 (Erwachsene) bzw. 1'000 (Minderjährige) und zusätzlich Material für den Wiederaufbau vor Ort. Diese Beiträge reduzierten sich um die Hälfte, wenn die Anmeldung nach dem 30. November 1999 erfolgte. Die SVP-Fraktion im Kantonsrat rannte denn mit ihrer Interpellation, die sich nach den Zahlen im Zusammenhang mit der Rückkehr in den Kosovo erkundigte, auch offene Türen ein. Sie sollte zur Kenntnis nehmen, dass eine transparente und auf das Gespräch setzende Politik wesentlich erfolgreicher ist als blosses Beharren auf repressiven Massnahmen.

... und die Kriminalität?

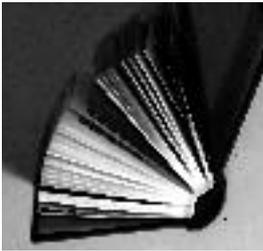
Interessant auch die Antwort auf die ebenfalls gestellte Frage nach der Straffälligkeit von Asylsuchenden: Im Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis 31. Mai 2000 hat die Kantonspolizei 125 Personen aus dem Asylbereich wegen hier begangener Delikte erfasst. Das sind etwas mehr als 10% des Bestandes von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen. Erhellend ist dabei, dass mehr als ein Drittel Verstösse Schwarzfahren betreffen und ein Fünftel Ladendiebstähle. Bei einem meiner Besuche auf einem gemeindlichen Polizeiposten hatten die dort stationierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Papier vorbereitet, mit dem sie darlegten, dass ein Schwarzfahr-Vorfall gut ein Dutzend Mal eine Amtsstelle beschäftigt, von der Anzeige über den Rapport zum Urteil und dann zum Bussenvollzug. Deshalb regten sie an, dass den Asylsuchenden ein vergünstigter Buspass abgegeben wird, denn das kostete den Staat wesentlich weniger. Leider ist dieses richtige und wichtige Po-

stulat immer wieder abgelehnt worden, obwohl eine Retourfahrt von einer Durchgangsstation in einer Gemeinde nach Zug mit Fr. 5.- Taschengeld täglich schlichtweg nicht möglich ist. Es ist zu hoffen, dass der Tarifverbund als zuständige Stelle diese Frage bald wieder aufgreift. Dann sähe nämlich, als Nebeneffekt, auch die Kriminalstatistik wesentlich anders aus. ■



**Straffälligkeit von Asylbewerbern –
nackte Zahlen verfälschen das Bild**

Buch



Der Stapel neben meinem Bett

Liebe BulletinleserInnen,

Wir lüften das Geheimnis. Es gibt Charlotte wirklich; es gibt sie in verschiedenen Funktionen. Einerseits ist sie eine langjährige Freundin, andererseits beim Schreiben das ideale «Alter Ego», wunderbare Projektionsfläche und äusserst aufrichtige Kritikerin meiner Texte. Und für dieses Bulletin hat sie mir aus der Patasche geholfen, denn der Stapel neben meinem Bett wächst und wächst. Ich komme kaum dazu ein Buch aufzuschlagen, schon fallen mir die müden Augen zu. Dafür gehe ich mit meiner Tochter schwimmen, lasse mich auf abendfüllende Federballturniere ein, sitze nächtens auf dem Balkon mit einem Bier in der Hand und lasse die Gedanken spazieren gehen. Was soll man besprechen, wenn man keine umwerfenden Bücher gelesen hat? Und jetzt kommt Charlotte ins Spiel, sie hat mir ihre Leseerlebnisse der letzten Wochen in Briefform zukommen lassen.

Liebe Ula,

Schlimm, wenn man gar nicht mehr zum Lesen kommt nebst Haushalt, Arbeit, Parteiversammlungen und Sommerfreuden – deine Klage hat mein Herz erreicht. Deshalb erzähle ich dir gerne von wunderbaren Büchern, die zu lesen sich lohnt.

Da wäre «neun Koffer» von Béla Zsolt. Zsolt schrieb seine

Geschichte als ungarischer Jude während des Zweiten Weltkrieges nieder. Im Ghetto in Grosswardein, im Sommer 1944, erzählt er seine Erlebnisse, seine Leiden, seine Gedanken während zweier Nächte einem Mitgefangenen, beide darauf wartend, in die bereitgestellten Viehwagons gepfercht und in den Tod transportiert zu werden. Ihn quälten Fragen: was wäre gewesen wenn, wie hätte man anders reagieren können, wieso warten hier alle auf ihren Abtransport, ohne etwas zu unternehmen? Vor allem aber, was wäre denn gewesen, wenn die neun Koffer seiner Frau in Paris von einem anderen Zug akzeptiert worden wären als dem Simplon-Express, der direkt nach Budapest zurückfuhr? Ein trauriges Buch, leider geht es nicht anders.

Ebensosehr berührt hat mich das Buch von Marlene Streeruwitz, »Nachwelt«. In knapper, schöner Sprache beschreibt die Protagonistin tagebuchartig ihren Aufenthalt in Los Angeles. Sie will mit Leuten sprechen, die Alma Mahler gekannt haben, denn sie arbeitet an einer Biographie über die Frau. Ihre eigene Geschichte kommt ihr dazwischen, eine Trennung, eine Identitätssuche, die sich in den Fragmenten über Alma Mahler spiegelt. Diese Fragmente sind widersprüchlich, sie ergeben kein eindeutiges Bild, das die Person Alma Mahler fassen könnte, und auch die Person der Protagonistin Margarethe droht sich aufzulösen.

Wunderbare Beschreibungen von Los Angeles, von der Wetterlosigkeit und dem Strassennetz, knappe, und gerade durch

diese Knappheit sehr berührende Porträts von Personen, denen Margarethe begegnet. Erstaunlich am Schreiben von Marlene Streeruwitz ist, dass es durch und durch weiblich ist. Ich wage sogar die Vermutung, dass es für männliche Genossen sehr schwierig wäre, den Text so zu verstehen, wie wir es können. Es gibt aber auch noch die Sonnenseite des Lebens und die Bücher, die man sich an heissen Sommertagen sozusagen als Nachspeise zu Gemüte führen sollte – die ideale Lektüre für die kommenden Ferienwochen.

Ein Klassiker wird demnächst neu aufgelegt (da freuen wir uns sehr), nämlich Capeks «Krieg mit den Molchen». Er hat das Buch 1936 geschrieben, und trotzdem ist es in keiner Hinsicht verstaubt. In witzigster Weise stellt er die verschiedensten menschlichen «Wahnsinnigkeiten» an den freundlichen Molchen dar, illustriert ist das Ganze auch, und zum Lachen gibts genug.

Den letzten Titel MÜSSTEST du eigentlich gelesen haben, Ula – er ist umwerfend und von einem Autor, den du seit Jahren mit grossem Vergnügen konsumierst. Daniel Pennacs neuester Roman, ein Märchen der französischen Art: »Grosse Kinder – Kleine Eltern«. Sehr konkret wird da beschrieben, was man so erwarten muss, wenn die Kinder plötzlich den kleinen gewordenen Eltern das Frühstück zubereiten müssen (und da gibt es keine Ausrede!). Wie in den anderen Geschichten von Pennac wird hier verquer gelebt, gelacht, geliebt und man fühlt sich wunderbar leichtfüssig und lebendig, solange man an der

verrückten Lektüre dranbleiben kann. Und ganz nebenbei wird eine kleine, feine Kritik an fantasielosen Lehrern und lieblosem Schulsystem geübt. Pennac ist ein disziplinierter Anarchist, ein Phantast und in meinen Augen ein Humanist der amüsantesten Sorte.

Wäre das nicht auch was für Paula? Eigentlich ist es kein Kinderbuch, aber ich bin überzeugt, du würdest das Nacherzählen mit Links meistern.

Und dann hoffe ich aber doch sehr, dass du dir die Zeit zum Lesen wieder ergatterst und dann auch wild entschlossen wirst verteidigen können. Zu deiner Seelenheil, aber auch sehr zu meinem.

Sei umarmt

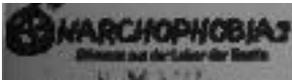
Deine Charlotte

Literaturangaben:

- Béla Zsolt: Neun Koffer. Verlag Neue Kritik, 1999
- Marlene Streeruwitz: Nachwelt. Verlag S. Fischer, 1999
- Karel Capek: Der Krieg mit den Molchen. Verlag Aufbau, 1992
- Daniel Pennac: Grosse Kinder – Kleine Eltern. Taschenbuch. Verlag Kiepenheuer 1999

Chnuschi raus aus der SGA

Am 14. April dieses Jahres ist Tavachelvam Selveraja nach Sri Lanka ausgeschafft worden. Er wollte eine Schweizerin heiraten. Deshalb sprach er mehrmals auf dem Standesamt in Baar vor. Bis die Zivilstandsbeamtin die Polizei alarmierte und Selva verhaftet wurde. Obwohl nach einem abgelehnten Asylantrag ein weiterer hängig war, wurde Selva in ein Land ausgeschafft, in dem er nach seiner Ankunft wahrscheinlich verhaftet und gefoltert wurde.



Luzerner Behörden haben die Wegweisung vollzogen. Trotzdem ist Hanspeter Uster mitverantwortlich für die Ausschaffung Selvas – und vieler anderer. Chnuschi hat schon oft bewiesen, dass der «Marsch durch die Instanzen» schon auf einer niedrigen Stufe versagt. Der parlamentarische Weg ist eine Ausrede, um den Kampf aufzugeben.

Anarchophobias?, Zug

Belastende Aufgabe

Es gehört wohl zur belastendsten Aufgabe in meinem Amt als Sicherheitsdirektor, letztlich für die Ausschaffung von abgewiesenen Asylsuchenden oder sich illegal hier aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländern verantwortlich zu sein. Auch wenn der konkrete Fall in der Verantwortung des Kantons Luzern lag, ist die im Leserbrief

grundsätzlich aufgeworfene Problematik nach wie vor aktuell und wird es auch bleiben. Denn über die Frage, ob jemand Asyl bekommt oder nicht, entscheidet allein der Bund. Sobald aber ein rechtskräftiger Entscheid vorliegt, zu dem der Kanton nichts zu sagen hat – müssen dann die Kantone den Vollzug übernehmen.

Als gegen das neue Bundesgesetz über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht das Referendum ergriffen wurde, setzte ich mich an vorderster Stelle für ein Nein zu diesem Ausschaffungsgesetz ein. Ein Arena-Auftritt im November 1994 brachte mir viele erzürnte Reaktionen der sonst schweigenden Mehrheit, die meine mit Nachdruck vertretene Nein-Position scharf und teilweise unter der Gürtellinie kritisierten. Nachdem aber die Zwangsmassnahmen vom Volk deutlich angenommen worden waren und wir mit unserer Position unterlagen, musste und muss auch der Kanton Zug dieses Gesetz anwenden.

Daraufhin veranlasste ich zwei Sachen: Ich legte dem Kantonsrat ein Einführungsgesetz zum



Bundesgesetz über die Zwangsmassnahmen vor, um die Rechte der Betroffenen optimal zu gewährleisten; dieses Gesetz lässt sich im gesamtschweizerischen Vergleich sehen. Und ich legte folgende Grundsätze fest, die nach wie vor gelten: Jede Person kann die ihr gewährte Ausreisefrist voll nutzen; es wird niemand «auf Vorrat», also vor Ablauf dieser Frist, in

Ausschaffungshaft genommen. Stellt eine betroffene Person in- nert dieser Frist nochmals ein Wiedererwägungsgesuch, wird der Vollzug aufgeschoben, bis über die neu vorgebrachten Argumente entschieden ist. Und in begründeten Härtefällen unterbreite ich persönlich das Dossier zur nochmaligen Prüfung dem Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge. Das kommt etwa ein bis zwei Mal im Jahr vor. Zudem habe ich, wie z.B. bei den Massakern in Algerien, den Vollzug für Länder, wo ich es nicht mehr verantworten konnte, gestoppt. Schliesslich wird jede Ausschaffungshaft, die länger als 96 Stunden dauert, von einem Richter kritisch überprüft; ist die Haft nicht begründet, wird der/die Betroffene sofort entlassen.

Ich weiss, dass das alles nur Notbehelfe sind. Ich weiss auch, dass der grosse Wert, den das



Amt für Ausländerfragen, die Strafanstalt und die Kantonspolizei auf einen rechtlich wie menschlich korrekten Ablauf der Ausschaffung legen, letztlich an der Tatsache, dass der betroffene Mensch ausgeschafft wird, nichts ändert. Deshalb suchen wir immer wieder das Gespräch mit den betroffenen Menschen, damit es gar nicht zur Ausschaffung kommen muss. Unsere aktuelle Politik im Zusammenhang mit der Rückkehr nach Kosovo zeigt wie schon bei der Bosnien-Rückkehr, dass solche Gespräche, in denen wir den betroffenen Menschen eine Perspektive ohne Ausschaffung zei-

gen, ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass nur 4 Personen ausgeschafft werden mussten, weit über 400 aber freiwillig ausreisten. Eine solche hohe freiwillige Ausreisquote liegt ganz wesentlich über dem Schweizer Durchschnitt bei der Kosovo-Rückführung.



Deshalb zum Schluss ein Wort zum parlamentarischen Weg und zur Regierungsbeteiligung: Ich weiss angesichts der geschilderten Verfahrensgarantien und den erfreulichen Ergebnissen der Kosovo- und Bosnien-Rückkehrprogramme nicht, ob es völlig unerheblich ist, wer der Chef der Sicherheitsdirektion ist. Noch wichtiger ist aber, dass dort, wo die massgebenden Gesetze gemacht werden, linke und alternative Kräfte stärker vertreten sind. Bei den Nationalratswahlen 1999 hat die SVP der Zuger Linken den Sitz weggenommen, und das ist auch im Asylbereich keine Perspektive, die hoffnungsfroh stimmt.

Ein Leserbrief wie auch die Antwort darauf sind immer eine Ein-Weg-Kommunikation und ersetzen das Gespräch, auch das Streitgespräch, nicht. Ich stelle mich deshalb gerne einem persönlichen Gespräch und/oder einer öffentlichen Diskussion, z.B. an einer SGA-Versammlung.

Hanspeter Uster



Frühpensionierung/Freistellung:

Der kantonale Spitalplaner Ugo Nützi (Spitzname: «Nichts-Nützi») hat sich vor seiner Frühpensionierung noch rasch als durch und durch bürgerlicher Spitalprivatisierer («Das Zentralspital privat bauen») geoutet. Den Widerstand gegen die Vorlagen bezeichnet er als «Politfolklore», dass eines der beiden Referenden erfolgreich war, nimmt er gar nicht zur Kenntnis. Mehr als des Volkes Stimme kümmern ihn nämlich Schafe (O-Ton Nützi: «Mit Schafen muss man behutsam umgehen») - die züchtet er jetzt im Hinterthurgau.

Herangezüchtet wurde durchunddurch-FDP-Mitglied Nützis neoliberale Spitalpolitik in einem durchunddurch-SP-Departement (seit Ende 40er Jahre ist das Sanitätsdepartement - pardon: die Gesundheitsdirektion - in SP-Händen). Umso pikanter, dass die erste und bisher einzige drastische Personalmassnahme von SP-Gesundheitsdirektorin Hutter - die Freistellung des Chefs des Rettungsdienstes - ein engagiertes SP-Mitglied traf...

Resignierte

Während die nationale Autolobby - um den Gotthard geschart - wieder Blut - pardon: Beton - geleckt hat, steckt die Zuger Autolobby immer noch in der Depression. Zitat des Präsidenten des Zuger Handels- und Dienstleistungsverbandes, Kaspar Zimmermann: «Die Verbände haben sich im Jahre 1999 gemeinsam eingebracht und von der Regie-

rung verlangt, dass die Planung nun abzuschliessen sei, und dass sehr pragmatisch an jenen Stellen, welche heute verkehrstechnisch ein Problem sind und einer künftigen Gesamtlösung nicht zuwiderlaufen könnten, nun unverzüglich gebaut werden müsse. Aufgrund meiner bisherigen Erfahrung bin ich jedoch sehr skeptisch und lebe - verzeihen Sie mir, liebe HDV-Mitglieder, dass ich nicht mehr kämpfen kann und will - nach dem Prinzip der Hoffnung.» (GV, 29. Mai 2000)

Abwesende

Besonders tief geht diese Depression offenbar beim ACS, der nicht mal in der Lage war, sich am Mitwirkungsverfahren für die Erarbeitung der kantonalzuger Gesamtverkehrskonzeption Gehör zu verschaffen: an den meisten Sitzungen abwesend und zu keiner einzigen schriftlichen Vernehmlassung fähig - quasi im Strassengraben verharrend...

Oder hat den ACS in einer hellen Stunde die Erkenntnis erleuchtet, dass in den engen räumlichen Zuger Verhältnissen der Platz für Strassen«Lösungen» à l'américaine schlicht fehlt?

I LOVE YOU 1.

«Das Schlimmste kommt noch» - so der Titel eines Artikels U.S.-Computerkolumnist John C. Dvorak. Dvorak - ennet dem grossen Teich einer der wenigen wirklich unabhängigen Beobachter des PC-Business - ist berühmt dafür, kein Blatt vor den Mund zu nehmen und warnt seit Jahren ver-

geblich vor der Verletzlichkeit des Internets und in diesem Zusammenhang vor den gravierenden Sicherheitsmängeln der PC-Software (Microsoft & Co.). Jetzt hat er resigniert - und erläutert die zukünftigen Angriffe, welche das gesamte Netz lahmlegen werden. Für autistische Surfer könnte das ja auch etwas Gutes haben - I LOVE YOU bekäme dann einen anderen, buchstäblich tieferen Sinn...

I LOVE YOU 2.

Einen anderen Virus erwischt hat den nach Schaffhausen emigrierten grünen Schwerarbeiter und langjährigen Bulletin-Redaktor Reto Hunziker. Am 19. August wird geheiratet. Reto in Schale! Reto in der Kirche! Wenigstens nicht in Liechtenstein...

I LOVE YOU 3.

Damit niemand auf die Idee kommt, dass es sich bei der Zusammenarbeit zwischen SGA und Anarchophobia? um eine Liebesbeziehung handelt, findet sich in dieser Nummer - neben zwei Artikeln aus Anarchotastaturen - schon mal vorsorglich ein Leserbrief mit der Forderung nach dem SGA-Austritt von Chnuschpi. Was dieser im engsten privaten Kreis mindestens monetär als ganz interessante Variante bezeichnete...

I LOVE YOU 4.

Nein, sie lieben sich nicht alle, die verschiedenen Erben des L&G-Vermögens. Werden aber manchmal doch Nachbarn. Gegenüber dem Plazagebäude von L&G-Erbe

Roland Straub bezieht der frischgebackene Medienunternehmer und L&G-Erbe Dani Brunner Quartier, im Haus «Gutenberg». Nach erfolgter Privatisierung der Post sähen wir dann z.B. den L&G-Erben Nick Mijnsen als Käufer der Hauptpost - eignet sich gut für ein Velodrom.

Denkmal 1

Sprüche haben manchmal eine kurze Halbwertszeit: Dass es die L&G-Immobilien AG nicht für nötig befunden hatte, der Einladung an eine im übrigen hochkarätig besetzte Veranstaltung des Bauforums zur Zukunft des L&G-Areals Folge zu leisten und ihren Standpunkt zu vertreten, bezeichnete SGA-Gemeinderat Stuber als Affront und klare Aussage: «Diskutiert ihr nur, wir bauen!».

Wenige Tage später, nach erfolgtem Verkauf des Schleifenareals an die Alfred Müller AG, heisst es nun: «Diskutiert ihr nur, wir kassieren!».

Immerhin ist jetzt wenigstens klar, weshalb es bei der neuen Nordzufahrt - sprich: Erschliessung L&G-Areal - gleich zwei neue Kreisel geben soll. So ein Kreisel lässt sich nämlich wunderbar nutzen, um im Zentrum ein Denkmal aufzustellen. Und neben L&G-Immobilienmann Bullens braucht's jetzt auch noch Platz für Alfred Müller.

Denkmal 2

Überhaupt verwunderlich, dass noch niemand auf diese Idee gekommen ist. So liessen sich doch etliche

Probleme leichter lösen: Flachsmann bekommt als Trost für sein erfolgloses Tandem ein Denkmal im Kreisel beim kantonalen Verwaltungsgebäude an der Aa (Flachsmann auf einem Tandem), Uster eins im noch zu bauenden Kreisel Normanenstrasse/Aabachstrasse als Belohnung für das schönstdekorierte Polizeigebäude in der Schweiz (Uster auf einem blauen Plastikblumentrog) und der höchste Strassenbauchefbeamte Hannes Fässler könnte auf seinen technisch bis zur Perfektion ausgeklügelten Schräg-Megakreisel in Sihlbrugg ausgelagert werden, praktischerweise in ein Unfall-Rettungszelt.

Prioritäten

Drei Kantonsratsbeschlüsse vom 11. April 2000:

Beitrag an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk für den Wiederaufbau im Kosovo (Wohnhäuser): Fr. 250'000

Beitrag an den Christlichen Friedensdienst für Frauenförderung im Kosovo: Fr. 60'000

Beitrag an das Viehbeschaffungsprogramm des Bundes für den Kosovo: Fr. 690'000

Illustre

Auf der Suche nach Illustrations-Alternativen mit einer gewisse Affinität zum Platz Zug für diese Kolumne sind wir in der Person des illustren Fürstbischof von FL fündig geworden - et voilà: Monsignore im Editorial seiner Hauspostille „Vobiscum“. Bis wir zu diesem Helgen gelangten, mussten wir allerdings die Erfahrung machen,

dass man sich im Ländle bei Interesse am Bischof respektive an seiner Zeitung bedeutend weniger kulant gibt als bei monetärhygienischen Anliegen: Die Gegenwind-Sachbearbeiterin machte über ein Dutzend Telefonate, bevor sie beim Sekretär des Fürstbistums landete. Das rare Blatt kann nun seit kurzem im Büro Gegenwind eingesehen werden - auf Hochglanzpapier und in Vierfarbendruck und, eben, mit einer Frontalen jenes Mannes, der das Gebaren der Liechtensteiner Banquiers, Treuhänder und Fürstenfamilie durch seine fromme Präsenz heiligt.

Abläss

Weil Zug keinen eigenen Bischof hat - wie auch! ZP-LeserInnen erinnern sich noch an die Empörung der al-Zugokolumnistin, weil die Stadtzuger BürgerInnen die Vatikan-treuen Fratri der Unbefleckten Empfängnis nicht im Kapuzinerkloster haben wollten -, appelliert also Msgr. W. Haas an die „Hochglanzherzen“ der hiesigen treuen Händler des Herrn. Auf dass sie ihrer Sünden - etwa der Mithilfe, die russischen SteuerzahlerInnen um ein paar Millionen Rubel zu erleichtern; nicht verbuchte Parteispenden lohnend anzulegen, narkotisierte Dollars mittels Scheingeschäften reinzuwaschen und kreuz & quer dem Teufel das Ohr ab zu revidieren - einsichtig werden und Busse tun. Das trifft sich im Heiligen Jahr praktischerweise mit dem päpstlichen Generalablass (gilt allerdings nur für KatholikInnen, nicht für das zugewanderte zwinglianische Ketterpack, das unseren Kanton vor hun-

dert Jahren aus seinem bauerlichen Schlaf erweckt und uns die ganze Industrialisierungs- und Finanzplatz-Misere schlussendlich eingebrockt hat!).

Vobiscum (creduli et fraudulentii)!*

Hier deshalb ein paar Bussgang-Vorschläge für reuige Finanzplatz-Sünder:

ein Stage im städtischen Bauamt; die Überprüfung sämtlicher neuen Handelsregister-einträge zusammen mit der one-man task-force der Abt. Wirtschaftskriminalität Carlito „Res“ del P. das Anbringen des Biolabels auf allen im letzten Jahr von der Sand AG abgebauten Kieselsteinen, wobei die aus der illegal abgebauten Kiesgrube stammenden Steinchen dem WWF Zug zuzustellen sind, dem für seine Beschwerde gegen die Sand AG bisher offenbar noch die handfesten Beweise fehlten. Wenn das noch nicht reicht, kommt nur noch die Erfahrung als ex-jugoslawischer Bürgerrechtsbewerber

in Baar in Frage.

Doch verzaget nicht bei diesen wahrhaft herkulischen Aufgaben, verheisst doch der gütige Blick des Bischofs: «Ich bin mit Euch (die ihr alles glaubt und - alle - betrügt).»*

„Es braucht Hochglanzherzen!“



„... euer Herz lebe auf!“

Für einmal sollen besonders die drei Pünktchen (... interessieren: übliche Ausrufungszeichen, die nach Ergänzung verlangen. Uns

Herz lebt dann und eigentlich nur dann auf, wenn wir Menschen sind. die nicht uns selbst

Veranstaltungen



DO 29.6. Diskussion:
Soll Zug Liechtenstein noch näher kommen?

Referate von Paolo Fusi (WoZ Journalist und Spezialist für Wirtschaftskriminalität) und Kantonsrat Josef Lang.

20h, Rest. Bären, Zug.

DO 6.7. SGA-Monatsbar

Ab 18:30h in der ZALT-Cafeteria (vis-à-vis EPA)

Weltmarsch der Frauen 2000 Samstag 26.8.2000

9:45 Zusammentreffen der Schwyzerinnen und Zugerinnen am Schiffssteg in Zug.

10:00 Abfahrt mit Schiff nach Arth. Referate über Löhne und Arbeitsbedingungen von Frauen.

11:00 Ankunft in Arth mit Fahnenübernahme.

11:15 Rückfahrt mit Schiff nach Zug

Mittagessen und gemütliches Beisammensein.

12:15 Ankunft in Zug: Marsch zum Landsgemeindeplatz.

12:30 Frauenstadtrundgang unter der Leitung von Historikerinnen.

15:00 Apéro auf dem Landsgemeindeplatz.

Di 29.8. Podiumsdiskussion Zug Solar-rappen 3x Ja Regionalgruppe Zug

20.00 Uhr

genauer Ort und ReferentIn aus der Tagespresse.

Open Air Kino Zug 2000 Seepromenade Programm:

MI 19.7.
CH-Vorpremiere!
Perfect Storm

DO 20.7.
Pane et Tulipani

FR 21.7.
Salsa

SA 22.7.
The Matrix

SO 23.7.
Where the Money is

MO 24.7.
The Straight Story

DI 25.7.
Erin Brockovich

MI 26.7.
Todo Sobre Mi Madre

DO 27.7.
Buena Vista Social Club

FR 28.7.
Anna and the King

SA 29.7.
Léon (Director's Cut)

SO 30.7.
Fucking Amal

MO 31.7.
Pretty Woman

DI 1.8.
Hair

MI 2.8.
Girl, Interrupted

DO 3.8.
Une liaison pornographique

FR 4.8.
Gladiator

SA 5.8.
CH(D)-Vorpremiere! Taxi 2

SO 6.8.
The Sixth Sense

MO 7.8.
La fille sur le pont

DI 8.8.
Komiker
mit Beat Schlatter

MI 9.8.
The Cider House Rules

DO 10.8.
An Ideal Husband

FR 11.8.
The Green Mile

SA 12.8.
Happy Texas / Blood Simple
Doppelprogramm (2 für 1)

SO 13.8.
Saving Grace

MO 14.8.
CH(D)-Vorpremiere!
Le goût des autres

DI 15.8.
CH-Vorpremiere!
Chicken Run

MI 16.8.
CH-Vorpremiere!
Gone in 60 Seconds

DO 17.8.
Film nach Ansage
(siehe Medien)

FR 18.8.
American Beauty
(UBS-Special Night)

SA 19.8.
CH-Vorpremiere! U-571

SO 20.8.
CH-Vorpremiere!
Dancer in the Dark

Ticketpreis Fr 14.00, mit
UBS-Jugend/Studentenkonto
Fr 11.00.

„Open Air Restauration von
Beat Zürcher (Restaurations
AG Kulinarica Zugersee) ab
19.00 Uhr.“

Die Vorführungen finden
bei jeder Witterung statt und
beginnen mit dem Eindunkeln.

Vorverkauf ab 12. Juli 2000:
Foto Optik Grau, Bundesplatz,
Zug.

Keine Reservationen möglich!
Info-Tel. 041/711 16 53.

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 2/00, Juni 2000, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro Bulletin

Adresse: Das Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gerhard Schmid, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Gestaltungskonzept:

Urs Bachmann

Bilder Umschlag: Brigitte Weiss

Belichtung und Druck:

ropress Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfarbtem Altpapier.

Auflage: 1200

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss

Nr. 3/2000: Freitag, 15. September 2000

Erscheinungsdatum:

Donnerstag, 28. September 2000

«Das Bulletin» auf dem Internet unter

www.sga-zug.ch/bulletin